sophia-jacoba

5-67

Aus dem Inhalt

Titel: Ein Lokführer in unserem Untertagebetrieb Foto: M. Frank

	Seite
Vom Energiemarkt Informationen, Meinungen	2
Steinkohlentag 1967	3
Aus dem Betriebsgeschehen	6
Die monatliche bargeldlose Lohnzahlung wird eingeführt	8
Sieben Jahre betriebliches Vorschlagwesen	9
Großdiagonal und Großbandanlage erschließen den Abbau unterhalb der vierten Sohle	10
Im Scheinwerfer . . .	12
Chronik der Besuche bei Sophia-Jacoba	12
Die neue Weißkaue in Betrieb	13
Aus der Arbeit der Ausbildungsabteilung	14
Im Landschulheim in der Eifel	14
Zweihundert Jahre Knappschaft	15
Pläne für den Winterurlaub	17
Hier spricht die Sicherheitsabteilung	18
Rentenänderung in der Diskussion	19
Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	20
Produktion von Extrazit aufgenommen	21
Neuigkeiten aus dem Steinkohlenbergbau	21
Anerkennung unseren Jubilaren	22
Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag	23
Familiennachrichten	25
Blick über den Gartenzaun	26
Die Kehrseite der Medaille	27

Herausgeber: Gewerkschaft Sophia-Jacoba Steinkohlenbergwerk in Hückelhoven, Bezirk Aachen

Schriftleitung: Ernst Machnik

Druck und Klischees: Laupenmühlen & Dierichs, Bochum

Nachdruck nur mit Genehmigung der Herausgeber gestattet

Anschrift der Redaktion: 5142 Hückelhoven — Gewerkschaft Sophia-Jacoba — Fernruf 40 81

Fotos: M. Frank (3), T. Netten (8), H. Grempe (1), H. Bruns (5), E. Machnik (2).

Vom Energiemarkt

Informationen, Meinungen

Die fortgesetzten Preiserhöhungen, vor allem für leichtes Heizöl und Benzin, haben das Bundeskartellamt auf den Plan gerufen . . . Nur vorübergehend gaben die Mineralölgesellschaften 2 DM je 100 l leichtes Heizöl Rabatt. Die gegenwärtigen (erhöhten) Preise dürften so bald nicht wieder sinken, da die Ölgesellschaften erst einmal die „zusätzlichen Kostenbelastungen" verkraften wollen (z. B. auch die erheblichen Mehrkosten für den Bau der TAL-Pipeline). Ende September kosteten 100 l Heizöl-EL ab Raffinerie: In Hamburg 11,30 DM, in Karlsruhe 11,80 DM, in München 12,60 bis 12,80 DM. An sinkende Preise für Heizöl glaubt auch der Brennstoffhandel nicht . . .

„Zeitung für kommunale Wirtschaft"

Die Tennessee Valley Authority wird ihr nächstes, das größte jemals gebaute Wärmekraftwerk (1,3 Mill. kW) auf Kohlenbasis errichten. Seit die TVA im vergangenen Jahr zwei Atomkraftwerke in Auftrag gab, haben sich die Atomstromkosten um 15 % erhöht. Dies sowie der Bericht eines US-Elektrowerkes an seine Aktionäre über die Verluste im Atomkraftwerksbau veranlaßten die TVA, jetzt wieder zur Kohle zurückzukehren. — Abgesehen von den wachsenden Kosten haben die Atomkraftwerke aber auch noch andere ungelöste Probleme. Einmal die schwindenden billig zu fördernden Uranvorkommen und zum anderen die Radioaktivitätsgefahr im US-Uranbergbau.

„Coal Age", New York

Nach Meinung des Sprechers des Vorstandes der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (VEBA) und Mitglieds des Vorstandes des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Heinz P. Kemper, ist die Benzingewinnung aus Steinkohle erwägenswert. Bei der Hydrierung von 3 Tonnen Kohle läßt sich eine Tonne (ca. 1400 Liter) Benzin gewinnen. Die Umwandlungskosten betragen in den USA 100 DM . . . und wären bei uns nicht höher. Wenn man annimmt, daß deutsche Steinkohle zu 55 DM/t zur Verfügung stünde, betrüge der Gesamtaufwand für die Gewinnung einer Tonne Benzin 265 DM. Das wären je Liter Benzin 19 Pfennige, gegenüber 11 Pfennig aus der Rohölverarbeitung . . . Jedoch sei das Benzin bei uns mit 37,2 Pfennig Mineralöl- und Umsatzsteuer belastet. Eine entsprechende Senkung der Mineralölsteuer könne somit die Kohlehydrierung auch bei uns überlegenswert machen.

„Frankfurter Allgemeine"

„Deutschland ist der schlechteste Energiemarkt der Welt", äußerte das Vorstandsmitglied der Royal Dutch-Shell-Gruppe, McFadzean. Die Produktenpreise seien vor der Nahostkrise derart schlecht gewesen, daß im Shell-Konzern Erwägungen über eine Umstellung der Investitionspolitik in der Bundesrepublik angestellt worden seien. Von allen großen Industrieländern betreibe die Bundesrepublik eine besonders liberale Energiepolitik.

„Handelsblatt"

Das US-Innenministerium erwägt die Zulassung höherer Ölimporte bei gleichzeitiger Begünstigung der inländischen Ölförderung. Falls die USA ihre Ölimporte steigern, muß auf den britischen und westeuropäischen Ölmärkten mit höheren Ölpreisen gerechnet werden. Während bisher diese Märkte von den Überschußangeboten an Erdöl profitieren, könnte sich die Lage über Nacht in eine Knappheitssituation umkehren, wenn die US-Ölkonzerne einen größeren Teil ihrer Förderungen in Nordafrika und Nahost statt nach Europa in die USA exportieren. Die Ölförderung Venezuelas kann infolge der begrenzten Ölreserven nicht wesentlich gesteigert werden.

„The Times", London

Hausbrandkohle sei zur Zeit so lebhaft gefragt, daß die deutschen Braun- und Steinkohlenreviere den Großhandel teilweise nicht mehr prompt beliefern könnten. Versorgungsschwierigkeiten werden vom Ruhrkohlehaus in Essen jedoch energisch dementiert. Vertreter des Brennstoffhandels in München erklärten auf einer Versammlung, auch im Falle eines strengen Winters sei bei der Kohle nicht mit Versorungsschwierigkeiten und Preissteigerungen zu rechnen. Demgegenüber warnte der „Erdöl-Informationsdienst" die Heizölverbraucher dringend davor, weiter mit einem Sinken der Heizölpreise zu rechnen. Das könne sowohl der Menge als auch dem Preis nach zu einem unangenehmen Erwachen führen. Die Mineralölwirtschaft habe errechnet, daß die Verbraucher zur Zeit 1,5 bis 2 Mill. t weniger an Wintervorräten hätten als im Vorjahr.

Tagespresse vom 30. 9./3. 10. 1967

Die Errichtung einer Organisation der arabischen Ölländer dürfte in der nächsten Zukunft bevorstehen, deren Zweck es sein wird, das arabische Öl als „Instrument" ihrer Wirtschafts- und Außenpolitik zu gebrauchen. Der saudi-arabische Ölminister, Yamani, erklärte, „die neue Organisation habe die Unterstützung aller arabischen Ölländer erhalten".

„The Times", London

Steinkohlentag 1967

Am 20. Oktober fand in Essen der Steinkohlentag 1967 statt. Der Vorsitzende des Steinkohlenbergbauvereins, Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Helmut Kranefuss und der Vorsitzende der Unternehmensverbände Ruhr und Aachen, Bergwerksdirektor Dr. Helmuth Burckhardt, dessen Rede wegen Erkrankung von Dr. Burckhardt durch Herrn Dr. Genth verlesen wurde, wandten sich an über 1000 Gäste aus dem Bergbau des In- und Auslandes, der Bundes- und Landesregierungen, der Parlamente und der Kirchen. Wir veröffentlichen anschließend Auszüge aus den beiden Reden. In seiner Begrüßungsansprache (s. Bild oben) führte Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Kranefuss aus:

„Der Steinkohlentag des Jahres 1967 fällt in die bisher schwerste Stunde des westdeutschen Steinkohlenbergbaus der Nachkriegszeit. Halden, Fördereinschränkungen und alarmierende Stillegungen mit all ihren noch nicht abschätzbaren Folgen kennzeichnen die Lage. Lähmende Ungewißheit liegt über dem Schicksal des Ruhrbergbaus.

. . . Es ist nicht meine Aufgabe, die Vielzahl der anstehenden Probleme zu behandeln, zu den Plänen für die Anpassung und Wiedergesundung des Steinkohlenbergbaus Stellung zu nehmen oder etwa einen neuen Vorschlag zur Lösung der Krise zu bringen. Ich möchte nur auf ein Teilgebiet eingehen, allerdings auf ein Teilgebiet, das, wie in jeder anderen Industrie, eine entscheidende Bedeutung hat und zur Beurteilung ihrer Wirtschaftlichkeit dient, es ist die Arbeitsproduktivität unserer Bergwerksbetriebe, ihre Wachstumsrate in den letzten zehn Jahren, ihr Stand im Vergleich zu den anderen Steinkohlenbergbauländern Europas und ihre unter bestimmten Voraussetzungen mögliche Entwicklung in den nächsten fünf Jahren . . .

Eindrucksvolle Leistungssteigerung

. . . Der beachtliche Anstieg der Untertageleistung an der Ruhr von 1,614 t/MS im Jahre 1957 auf 3,006 t/MS im Jahre 1966 bedeutet eine Zunahme der Arbeitsproduktivität um 86 %. Die mittlere jährliche Zuwachsrate beläuft sich auf 7,2 %. Um Einwänden zu begegnen, daß das Bild dieser großen Leistungssteigerung verfälscht sei durch die anormalen Leistungsanstiege von Schachtanlagen, die vor der Stillegung stehen, wurde die Leistung auch ohne Einbeziehung der inzwischen stillgelegten Anlagen errechnet. Sie hätte im Jahre 1966 dann sogar 3,034 t/MS betragen. Die jährliche Zuwachsrate wird dadurch kaum beeinflußt. Der Produktivitätsanstieg sowohl des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr als auch in der ganzen Bundesrepublik lag in dem betrachteten Zeitraum über dem Durchschnitt der westdeutschen Gesamtwirtschaft . . .

. . . Wie war nun die Entwicklung und der Stand der Arbeitsproduktivität des Steinkohlenbergbaus der Bundesrepublik im Vergleich zum übrigen Steinkohlenbergbau in Westeuropa?

Die Bundesrepublik hat die eindeutige Spitzenstellung vor Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und Belgien, und zwar sowohl in der absoluten Höhe der Untertageleistung als auch in der Zuwachsrate . . .

. . . Die Abstufung der Zuwachsraten von 74 % in der Bundesrepublik, über 48 % in Großbritannien, 33 % in den Niederlanden, 29 % in Frankreich und 38 % in Belgien beweisen den gewachsenen Vorsprung der Leistungsentwicklung in der Bundesrepublik . . .

. . . Das harte Schicksal der Absatzkrise und der Fördereinschränkung trifft also im besonderen Ausmaß den leistungsstärksten Steinkohlenbergbau in Westeuropa . . .

Wirtschaftlichkeit durch Kapazitätsausnutzung

Während die Untertageleistung an der Ruhr in t je MS im Durchschnitt der Jahre 1957 bis 1966 jährlich um 7,2 % gestiegen ist, hat in dem gleichen Zeitraum der Gesamtpersonalaufwand des Grubenbetriebes in DM/MS unter Tage jährlich um 8,6 % zugenommen. Alle Rationalisierungserfolge sind also durch die stetig mitsteigenden Aufwendungen für die einzelne Arbeitskraft mehr als aufgezehrt worden, und das trotz der Entlastungen im Bereich der Knappschaft und Bergbauberufsgenossenschaft.
All die mit hohen Investitionen und großen Anstrengungen durchgeführten Maßnahmen zur Leistungssteigerung haben also nicht einmal ausgereicht, um ein Ansteigen der Arbeitskosten je t zu verhindern. Gleichzeitig sind aber durch verstärkten Maschineneinsatz und durch Preissteigerungen für Betriebsmittel aller Art auch noch die sachlichen Kosten in DM/t gestiegen. Die Gesamtselbstkosten sind also trotz der Rationalisierungserfolge angewachsen. Ein Beitrag zur Wirtschaftlichkeit konnte deswegen von der Selbstkostenseite her nicht geleistet werden. Um die Selbstkosten des Jahres 1957 konstant zu halten und dadurch entweder eine Erhöhung des Kohlepreises zu vermeiden oder die bei einer Einbuße an Wirtschaftlichkeit drohenden roten Zahlen zu verhindern, hätte statt des tatsächlich erreichten Anstiegs von 7,2 % ein mittlerer jährlicher Leistungsanstieg von 10,3 % erreicht werden müssen, ganz abgesehen von einer Kohlenpreissenkung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Steinkohle. Diese Entwicklung ist natürlich wesentlich mitbestimmt durch die gesunkene Auslastung unserer Förderkapazitäten, was uns eindringlich zeigt, wie wichtig es ist, möglichst schnell zu einer Vollauslastung unserer weiter zu betreibenden Schachtanlagen zu kommen . . .

Aussichten für die Zukunft

. . . Unter Berücksichtigung der errechneten Einsatzmöglichkeiten neuer bergtechnischer Entwicklungen in den untersuchten Betriebsbereichen kann die Untertageleistung bis zum Ende des Jahres 1972 auf 4,5 t/MS ansteigen.
Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich nicht prophezeien will, daß diese Zahl erreicht wird. Wohl möchte ich feststellen, daß eine solche Leistung erreicht werden kann, wenn unsere Forschungs- und Entwicklungsvorhaben verstärkt weitergeführt werden können und alle organisatorischen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden . . .

. . . Ein Anstieg der Untertageleistung im westdeutschen Steinkohlenbergbau von jetzt 3,3 auf 4,5 t je MS bis zum Ende des Jahres 1972 würde einer jährlichen mittleren Zuwachsrate von 6,4 % entsprechen.
Wenn ein solcher Rationalisierungserfolg nicht wieder, wie in der Vergangenheit, ganz von Lohnkosten- und Materialpreissteigerungen aufgezehrt, sondern einem echten Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zugeführt werden soll, dann müssen Löhne und Preise stabiler gehalten werden als bisher, eine Erkenntnis, die sich im gesamten Wirtschaftsraum anzubahnen scheint und nach der sich die Sozialpartner des Bergbaus bei ihren letzten Tarifabschlüssen bereits gerichtet haben.
Es ist wenig ermutigend für uns alle, die wir für die Erhaltung des Steinkohlenbergbaus unsere ganze Arbeitskraft und unser Können einsetzen und unser Bestes hergeben, für alle in den Betrieben und in der Forschung und Entwicklung Tätigen, wenn unsere — wie ich gezeigt habe — erzielten und noch möglichen großen Fortschritte und Erfolge in der Bergbautechnik wie bisher nur einem aussichtslosen Wettlauf mit Lohn- und Preissteigerungen dienen. Der jetzt schon erreichte hohe Stand der Bergtechnik erfüllt uns mit Stolz und Freude. Die Ingenieurarbeit ist aber auch das einzige, was im Steinkohlenbergbau noch Freude macht. Einen Sinn hat sie wirklich nur dann, wenn wir nicht um die Früchte unserer Arbeit gebracht werden."

Steinkohlenbergbau und Energiepolitik vor der Entscheidung

Zu diesem Thema führte Dr. Helmuth Burckhardt aus:

„. . . Eigentlich hätte es umgekehrt formuliert werden müssen, nämlich: ‚Energiepolitik und Steinkohlenbergbau vor der Entscheidung'; denn die Entscheidung des Steinkohlenbergbaus, seiner Unternehmen, setzen nun einmal Klarheit über die Energiepolitik voraus.
Der wichtigste Grund dafür ist, daß wir naturgegebene Lagerstätten ausbeuten müssen, die nicht erneuerbar und in ihrer Qualität verschieden sind. Es leuchtet wohl ein, daß die Umstellung des Verbrauchs auf die jeweilig am billigsten angebotenen Produkte zu einem Raubbau an den gesamten Bodenschätzen der Menschheit führen müßte, daß es also notwendig ist, hier eine gewisse Ordnung zu halten, die eine auf lange Sicht optimale Nutzung aller verfügbaren Bodenschätze gewährleistet . . .
Ein weiterer Grund, weshalb energiepolitische Entscheidungen und Maßnahmen denjenigen der Bergbauunternehmen vorausgehen müssen, ist der, daß es keinen wettbewerbsfähigen Kern des deutschen Steinkohlenbergbaus gibt, der mit Kampfpreisen anderer Wettbewerber bestehen kann, mit denen also unser Bergbau mangels Kapitalkraft unmöglich konkurrieren kann. Zudem muß mit dem fortschreitenden Schrumpfen des Absatzes die verbliebene Förderung immer höhere Belastungen tragen, die aus einer Zeit stammen, in der man die deutsche Kohle in großen Mengen brauchte, um — was oft vergessen wird — die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege wieder aufzubauen . . .

Es gibt kein „Gesundschrumpfen"

. . . Ich kann deshalb nur immer wieder darauf hinweisen, daß ein Schrumpfen des deutschen Bergbaus — auf welche Größenordnungen auch immer — nicht dazu führen wird, aus eigener Kraft im Wettbewerb bestehen zu können. Das gilt zumindest solange, wie die heutige Wettbewerbsstellung unserer Konkurrenten andauert: An deren langfristige Dauer wir aus guten Gründen nicht glauben. Es wird aber dann möglicherweise zu spät sein; die heimische Energieerzeugung wird dann in einem Umfang zerstört sein, daß auch der Rest die kommenden Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Eine geordnete und stetige Entwicklung des Energiemarktes erfordert deshalb die Setzung von Daten, die für alle Energieverbraucher gleich sein müssen. Daraus ergibt sich die Hauptaufgabe der Energiepolitik . . .

Keine Garantie auf Import-Versorgung

Die Abhängigkeit von importierten Energieträgern ist schon groß; ihr Anteil am Energieverbrauch dürfte heute schon über 50 % liegen, und er wird weiter steigen. Von den Importen sind etwa 90 % Erdöl, davon kommen wiederum rd. 85 % aus den arabisch-islamischen Ländern. Die Möglichkeiten, diese Versorgungsquellen zu ersetzen, sind durchaus unzureichend und darüber hinaus außerordentlich teuer. Bei der — vorläufig — letzten Nahostkrise haben die militärischen Handlungen nur wenige Tage gedauert. Was wäre wohl geschehen, wenn die Kämpfe länger gedauert hätten? Wie hätten Deutschland und Europas Energieversorgung ausgesehen? Man kann sich darüber von interessierten Geschäftsleuten beruhigen lassen. Verantwortliche Politiker sollten jedoch überlegen, welches Risiko unsere energieverbrauchende Volkswirtschaft eingeht . . .

Freibleibende Angebote statt Versorgungssicherheit

. . . Vor diesem Hintergrund stehen bei uns die Gesetze zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus sowie die Verlängerung des Kohlezollgesetzes. Die Bundesregierung hält eine Verringerung des Kohlenimports,

Ein Blick in das Auditorium.
Im Vordergrund v.l.n.r.: BA Kranefuss, Minister Kassmann, Gen.-Dir. Kemper, Dr. Reintges, Dr. Lange, W. Arend

der z. B. in Großbritannien völlig ausgeschlossen ist, trotz des Rückgangs der Kohlennachfrage nicht für angebracht. Sie erklärt: Zentrale Aufgabe ist die geordnete Rückführung der Förderkapazität auf eine Größenordnung, die mit der dauerhaften Aufnahmefähigkeit des Marktes in Einklang steht. Möglicherweise ist damit die energiepolitische Grundsatzentscheidung gefallen, wenn die Parlamente den Regierungsvorlagen folgen. Danach würde eine ständige Schrumpfung der deutschen Steinkohlenförderung für unbedenklich gehalten, und die Unternehmen würden daraus ihre Folgerungen zu ziehen haben. Infolge des immer stärker betriebenen Ausbaus von Heizölraffinerien und der chaotischen Entwicklung auf dem Heizölmarkt — das ist ein Ausdruck aus der Mineralölindustrie — müssen die Absatzmöglichkeiten für die Kohle immer kleiner werden . . .

Ein Mindestmaß an Eigenversorgung

. . . Für die Zukunft noch entscheidender als der bruchartige Absatzrückgang ist die Tatsache, daß durch die energiepolitischen Entscheidungen der Bundesregierung Ende 1965 und in den letzten Monaten 1967 das Vertrauen des Bergbaus zutiefst erschüttert ist. Es wird schon bald kaum mehr möglich sein, die rückläufige Entwicklung der jüngsten Zeit aufzuhalten. Das wäre der ‚point of no return' aber auch für die gesamte deutsche Energieversorgung, nämlich für das Mindestmaß an Eigenversorgung, ohne den der Rest weitgehend wertlos wird. Gerade die Äußerungen aus der Mineralölwirtschaft bestätigen die Notwendigkeit, die Energiewirtschaft nicht dem zügellosen Wettbewerb und Kampf um Märkte zu überlassen. Dies würde zu einer gefährlichen Abhängigkeit der Energieversorgung der gesamten Volkswirtschaft in der Zukunft führen . . .

Sicherheitskosten für Erdöl wie für Kohle

. . . Für den Steinkohlenbergbau bin ich der Meinung, daß heute noch die Möglichkeit besteht, den Absatz in Höhe von 115 bis 120 Mill. t im Jahr zu stabilisieren. Über die Frage, ob eine solche Sicherung für die deutsche Volkswirtschaft nicht eine zu große Kostenbelastung bedeuten würde, ist es seit der Nahostkrise etwas stiller geworden. Seitdem sind die Raffineriepreise für Benzin um 43 %, für leichtes Heizöl um 23 %, für schweres Heizöl allerdings nur um 6,5 % gestiegen. Es dürfte kaum ein Zufall sein, daß schweres Heizöl während der Nahostkrise in Deutschland nur um 10 DM/t, in Dänemark dagegen um 28 DM/t teurer wurde. Sollte man nicht einmal überlegen, was wohl mit den Preisen in Deutschland geschehen wäre, wenn die Kohle als Wettbewerber nicht vorhanden wäre? . . .

Stillegungen kein Ersatz für Politik

. . . Könnte die Absatzmöglichkeit für deutsche Steinkohle bei 110 bis 120 Mill. t erhalten bleiben — was eine Frage der Energiepolitik ist —, so beschränkt sich die Notwendigkeit der Stillegungen auf eine Förderkapazität von 25 bis 30 Mill. t. Rechnet man hingegen mit einem weiteren Rückgang auf 90 Mill. t im Jahr, so werden weitere 20 Mill. t Kapazität überschüssig. Diese Entwicklung kann weitergehen, bis sich herausstellt, daß man ohne die deutsche Kohle nicht auskommen kann . . .

Nachdem durch Rationalisierungen z. B. im Ruhrbergbau die Zahl der Förderanlagen von 142 im Jahre 1959 auf heute 67 zurückgeführt worden ist, ist die Auswahl der weiter stillzulegenden Anlagen viel schwieriger als früher. Unter diesen Umständen wird versucht, besondere Wege zu finden, um die Förderung dem Absatz anzupassen. So entstanden die verschiedenen ‚Pläne', zu denen ich im einzelnen nicht Stellung nehmen möchte. Im Ergebnis führen sie alle zu Stillegungen, und zwar in einem Ausmaß, wie es die Absatzlage erfordert. Ich möchte klarstellen, daß alle diese Pläne nicht selbst Energiepolitik sind, sondern eine Energiepolitik voraussetzen. Ich habe den Eindruck, daß diese Zusammenhänge oft übersehen werden . . .

Folgekosten für die Gesamtwirtschaft

. . . Das Ausmaß der Schrumpfung des Steinkohlenbergbaus bestimmt auch das Ausmaß der sozialpolitischen und regionalpolitischen Konsequenzen. Die zu befürchtende weitere Schrumpfung des Kohlenabsatzes, die nur durch wirtschaftspolitische Maßnahmen aufzuhalten ist, verursacht darüber hinaus je nach ihrem Ausmaß weitere große Betriebseinstellungen an anderen Orten mit den gleichen Folgen. Diese Konsequenzen sollten auch bedacht werden. Sollte man sich nicht auch fragen, wie die Lage in 15 bis 20 Jahren sein wird? . . .

Es ist keine angenehme Aufgabe, als Mahner und Warner aufzutreten. Ich habe dies heute noch einmal, auch wenn es unpopulär ist, getan, weil es meine feste Überzeugung ist, daß die Erhaltung eines leistungsfähigen deutschen Steinkohlenbergbaus von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der gesamten deutschen Volkswirtschaft sein wird."

Aus dem Betriebsgeschehen

Die durchschnittliche verwertbare Tagesförderung unserer Anlage betrug im Juli 5902 t, im August 6451 t und im September 6274 t. Damit wurde im August der höchste Monatsdurchschnittswert seit der Fördereinschränkung zu Beginn dieses Jahres erbracht. Um das für das Jahr 1967 gesetzte Förderziel erreichen zu können, wird bis zum Jahresende eine weitere Anhebung der Tagesförderung um ca. 400 tvF erforderlich sein. Unsere Feinkohlenhalde konnte in der Berichtszeit um weitere 57 558 t auf 46 394 t abgebaut werden.

Die Leistung des Grubenbetriebes unter Tage lag mit 2,320 tvF/MS im Juli um 4 kg vF/MS über der Durchschnittsleistung des Vorjahres, erreichte im August mit 2,567 tvF/MS einen Höchststand für unsere Anlage und blieb auch im September mit 2,351 tvF/MS über der Leistung des Jahres 1966.

Der Anteil der Abgänge an der Bruttoförderung entwickelte sich weiterhin sehr ungünstig und lag bei 46,39 % im Juli und 46,46 % im August um ca. 7 % höher als im Jahresdurchschnitt 1966. Im September war mit 45,76 % ein leichter Rückgang zu verzeichnen.

Von der Unfallstatistik wurden für die Gesamtanlage im Juli 147,10, im August 128,34 und im September 123,26 Unfälle je 100 000 verfahrene Schichten ausgewiesen.

In unseren Abbaurevieren nahm die Betriebsentwicklung folgenden Ablauf:

Im Hobelstreb Flöz Rauschenwerk Revier 1 wurde Mitte September der Abbau wiederaufgenommen. Der Streb mußte Ende Juni wegen einer Störungszone im unteren Strebteil gestundet werden und wurde unter Umgehung der Störung durch ein ca. 50 m langes Aufhauen neu an die Bandstrecke angeschlossen. Das Revier konnte im Anlaufmonat noch kein befriedigendes Ergebnis bringen, da der Streb begradigt werden mußte, und vor allem im oberen Strebteil mit erheblichem Schichtenaufwand versucht worden ist, die sehr gebrächen Dachschichten anzubauen und unter Kontrolle zu bringen.

Im Juli kam in Flöz Merl der Hobelstreb Revier 8 neu in Verhieb. Die Bauhöhe hat bei einer streichenden Länge von 420 m einen Kohlenvorrat von 70 000 tvF. Der Streb baut abweichend von der sonst üblichen Baurichtung von NO nach SW und wird sowohl in der Kopf- als auch in der Bandstrecke im Rückbau betrieben. Schwierigkeiten bereitete eine Zone mit sehr geringer Kohlenmächtigkeit, in der das Hangende mittels Schießarbeit nachgerissen werden mußte, um die für das Hobeln erforderliche Höhe zu erhalten. Die durchschnittliche Tagesförderung erreichte im Anlaufmonat bei zweischichtigem Verhieb 448 tvF und konnte im August auf 551 tvF gesteigert werden. Im September waren drei Störungen mit Verwurfshöhen von 30 bis 50 cm zu überwinden. Da außerdem erhebliche Behinderungen der Strebförderung durch klotzig hereinbrechende Dachschichten auftraten, ging die Förderung auf durchschnittlich 494 tato vF zurück.

Mit dem Hobelrevier 9 wurde Mitte Juli erstmals seit 1962 wieder ein Streb in Flöz Ley in Verhieb genommen. Die Bauhöhe liegt südlich des Diagonals 456 zwischen der 4. und der 5. Abteilung 4. Sohle und hat einen Kohlenvorrat von ca. 85 000 tvF. Die streichende Länge beträgt 520 m. Da Flöz Ley in diesem Feldesteil bereits in Flöz Rauschenwerk und Flöz Groß-Athwerk unterbaut worden ist und über dem Flöz bei weichen Liegendschichten ein festes Sandsteinhangendes liegt, wurde der Streb allein schon aus sicherheitlichen Gründen mit hydraulischen Ausbaugestellen ausgerüstet. Während im Juli Anlaufschwierigkeiten, insbesondere feste Kohle und ein hartes Bergemittel die Förderung behinderten, mußte im August und September eine ca. 35 m lange Zone mit stark verwulsteten Hangendschichten und Kohlenmächtigkeiten von 25—30 cm durchfahren werden. Der mittlere tägliche Abbaufortschritt betrug im Anlaufmonat 4,72, im August 5,84 und im September 5,40 m. Das beste Betriebsergebnis konnte im August bei einer durchschnittlichen Tagesförderung von 816 tvF und einer Revierleistung von 7,315 tvF/MS erbracht werden.

Mitte Juli erreichte der Hydraulik-Hobelstreb Flöz Groß-Athwerk Revier 10 seine Baugrenze und wurde ausgeraubt. Das Revier hat in 80 Arbeitstagen 65 900 tvF gefördert. Das entspricht einem Tagesdurchschnitt von 835 tvF bei einem mittleren Abbaufortschritt von 4,42 m/Tag. Das beste Ergebnis erzielte das Revier im Monat Mai mit einer mittleren Tagesförderung von 1106 tvF und einem durchschnittlichen täglichen Abbaufortschritt von 5,36 m. In den beiden letzten Monaten verkürzte sich der Streb entlang einer aus der Kopfstrecke heraus aufgefahrenen Störungsstrecke bis auf 160 m. In der gleichen Zeit verschlechterten sich die Hangendverhältnisse derart, daß der Hydraulikausbau gegen konventionellen Strebausbau ausgetauscht werden mußte. Im Auslaufmonat verringerte sich die mittlere Tagesförderung auf 392 tvF.

Im Hobelstreb Flöz Groß-Athwerk Revier 11 brachten im Juli Wasserzuflüsse aus dem Hangenden und dem „Alten Mann" starke Erschwernisse für alle Strebarbeiten. Besonders störend wirkte sich das Wasser durch Verschlammung der Fördermittel für die Streb- und Abbaustreckenförderung aus. Das Revier erreichte im Juli eine Tagesförderung von durchschnittlich 844 tvF, die im August unter — bis auf einen Strebabschnitt mit gebrächem Dach — wieder normalen Lagerungsverhältnissen auf 911 tvF im Tagesmittel gesteigert werden konnte. Mitte September lief der Abbau planmäßig aus. Insgesamt betrug die Förderung des Reviers in 76 Arbeitstagen 58 364 tvF, die durchschnittliche Tagesförderung, bei einem mittleren Abbaufortschritt von 3,52 m/Tag, 768 tvF.

Der Hobelstreb Flöz Merl Revier 13, dessen Förderung Ende Juni auf die Großbandanlage umgestellt worden war, konnte sein Betriebsergebnis verbessern und die durchschnittliche Tagesförderung von 796 tvF im Juni auf 812 tvF im Juli und 854 tvF im August steigern. Im September ging die Förderung auf durchschnittlich 803 tato vF zurück. Schwierigkeiten bereiteten starke Druckerscheinungen in den Begleitstrecken bei der Auffahrung der Hobelställe und der Übergabe der Förderung vom Streb zur Bandstrecke. Unterhalb der Kopfstrecke mußte zeitweise wegen des zu gebrächen Streckensaumes ein Kohlenpfeiler stehengelassen werden. Im Streb selbst waren abschnittsweise Hangendausbrüche bis zu 70 cm abzufangen und Liegendeinschnitte des Hobels bis zu 30 cm auszugleichen. Der Streb wird Anfang Oktober das Großdiagonal überbauen.

Im Hydraulik-Hobelstreb Flöz Groß-Athwerk Revier 15 verschlechterten sich Förderung und Leistung gegenüber dem Vormonat erheblich. Die Tagesförderung sank von durchschnittlich 1325 tvF im Juni auf 1038 tvF im Juli, 985 tvF im August und 867 tvF im September ab, während die Revierleistung von 8,311 auf 6,549 bzw. 6,092 und 5,712 tvF/MS im September zurückging. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Kohlenmächtigkeit im Mittel um 4 auf 60 cm und betrug in größeren Abschnitten im unteren Strebteil weniger als 50 cm. Die wesentlichsten Ursachen für die ungünstige Entwicklung des Reviers waren jedoch eine Überschiebung in Strebmitte und gestörte Dachschichten, die zwischen den Gestellen durchbrachen und stellenweise aus dem Bruchfeld bis zum Strebfördermittel hereinschoben. Trotz dieser Schwierigkeiten konnte der mittlere Abbaufortschritt im Juli und August noch auf über 6 m/Tag gehalten werden. Er fiel erst im September auf 5,30 m/Tag zurück.

Neu in Verhieb genommen wurde Ende Juli der Hobelstreb Flöz Grauweck Revier 17, der bei einer streichenden Baulänge von 1460 m einen Kohlenvorrat von ca. 180 000 tvF abzubauen hat. Das Revier setzt den Abbau des Reviers 21 fort, das mit Erreichen einer Störungszone planmäßig eingestellt wurde. Revier 17 brachte bereits im Anlaufmonat eine Durchschnittsförderung von 1014 tvF, die jedoch im August auf 900 tvF absank, da der Streb zur Umfahrung des Blindschachtes 2303 eingekürzt werden mußte und die Streb- sowie die Zwischenförderung durch in einem Nachfallstück klotzig hereinbrechende Bergebrocken stark behindert wurden. Im September stieg die durchschnittliche verwertbare Tagesförderung auf 946 t an, obwohl in diesem Monat eine Überschiebung mit ca. 2,00 m Verwurfshöhe angefahren wurde, die sich vom oberen Strebdrittel her in Richtung Bandstrecke zog und am Monatsende 80 m oberhalb des Hauptantriebes stand. In der Störungszone mußte die Gewinnung durch Schießarbeit unterstützt werden. Der mittlere Abbaufortschritt betrug im September 4,66 m/Tag.

Der Hobelstreb Flöz Grauweck Revier 21 lief, wie bereits erwähnt, Mitte Juli aus und wurde ausgeraubt. Das Revier hat bei 112 Fördertagen und tagesdurchschnittlich 761 tvF insgesamt 85 000 tvF gefördert. Es war das erste Revier, welches in Flöz Grauweck mit hydraulischen Ausbaurahmen ausgerüstet worden war. Dieser Versuchseinsatz mußte Anfang Juni endgültig abgebrochen werden, da die z. Z. zur Verfügung stehenden Rahmen den schwierigen Hangendverhältnissen dieses Flözes noch nicht angepaßt werden konnten.

Im Hobelstreb Flöz Merl Revier 23 verringerte sich die Verwurfshöhe der Überschiebung bis Ende August von 4 auf 0,70 m. Die arbeitstägliche Förderung stieg im Juli auf durchschnittlich 648 tvF an, sank jedoch im August infolge eines Rückganges der mittleren Kohlenmächtigkeit leicht — auf 639 tvF — ab. Im August wurden durch den Streb die 1. Abteilung 2. Sohle und das Diagonal 14 unterfahren, während im September der Streb zur Umfahrung der Fußpunkte der Diagonale 14 und 15 eingekürzt werden mußte. Im gleichen Monat erreichte der Streb im Bereich der Kopfstrecke einen Sattel, der auf einer Länge von ca. 80 m mit 10—30g in Abbaurichtung anhob. Mit dem Auslaufen der Überschiebung trat im September im oberen Strebdrittel eine Zone mit verwulsteten Hangendschichten auf, die eine starke Behinderung der Gewinnungs- und Ausbauarbeiten zur Folge hatte. Trotz aller Schwierigkeiten konnte die durchschnittliche Tagesförderung jedoch auf 725 tvF gesteigert werden, da die mittlere Kohlenmächtigkeit gegenüber den Vormonaten um 10 % auf 70 cm angewachsen war.

Ende Juli wurde in dem Hobelstreb Flöz Grauweck Revier 26 der Abbau aufgenommen. Das Revier baut nördlich des Diagonals 34 einen im Norden und Süden von Störungen begrenzten Restpfeiler mit einem Kohlenvorrat von ca. 37 000 tvF ab. Trotz eines Sprunges im Bereich des Hilfsantriebes und einer Überschiebung im unteren Strebdrittel wurde bereits im Anlaufmonat ein mittlerer Abbaufortschritt von 3,95 m/T erreicht. Im August konnte der Abbaufortschritt auf 4,35 m/Tag vergrößert und die Förderung bei nur zwei Verhiebschichten/Tag auf 602 tvF im Tagesdurchschnitt erhöht werden. Anfang September wurde der Streb zur Umfahrung einer Überschiebung, die sich von der Bandstrecke her in den Streb zog, um ca. 30 m eingekürzt und die Förderung über eine Störungsstrecke zur Bandstrecke aufgegeben. Die durchschnittliche Tagesförderung ging auf 548 tvF zurück.

Im Hobelstreb Flöz Grauweck Revier 27 sank die mittlere verwertbare Tagesförderung im Juli auf 216 tvF ab, da die Verwurfshöhe einer nahezu in Strebmitte verlaufenden Störung auf ca. 6,0 m angewachsen war und der Hobel auf 14 m Länge im reinen Stein schnitt. Der Streb wurde gegen Monatsende aus dem Verhieb genommen. Er wird von der Bandstrecke aus bis zur Störung eingekürzt, so daß nach Umkehr der Förderrichtung nur noch der nördlich der Störung liegende Kohlenvorrat abgebaut wird.

Von der Aus- und Vorrichtung wurden aufgefahren:

	Juli m	Aug. m	Sept. m
Gesteinsstrecken-Neuauffahrung	179	231	269
Gesteinsstrecken-Erweiterung	6	36	79
Gesteinsdiagonale	214	123	163
Flözstrecken	1121	1172	1164
Auf- und Abhauen	182	271	264

Tagesbetrieb

Der Brikettabsatz war, der Jahreszeit entsprechend, gegenüber den sehr günstigen Ergebnissen der Vormonate rückläufig. Die Brikettherstellung betrug im Tagesdurchschnitt 2267 t im Juli und 1776 t im August. Sie stieg jedoch bereits in der letzten Woche des August wieder an und erreichte im September 2364 t.

Betriebliche Bauvorhaben

Der Neubau der Weißkaue an Schacht 4/HK ist soweit fortgeschritten, daß die Kaue Mitte Oktober in Betrieb genommen werden konnte.

Der Erweiterungsbau der Brikettfabrik ist soweit fertiggestellt, daß mit Brikettierversuchen begonnen werden konnte. Mr.

Die monatliche bargeldlose Lohnzahlung wird eingeführt

Der Grubenvorstand und der Betriebsrat der Gewerkschaft Sophia-Jacoba haben auf Grund der Bestimmungen der Tarifverträge des Aachener Steinkohlenbergbaus und der Arbeitsordnung für die im Aachener Steinkohlenbergbau tätigen Arbeiter und Tarifangestellten eine Betriebsvereinbarung folgenden Inhalts abgeschlossen:

Ab Dezember 1967 wird für die bei der Gewerkschaft Sophia-Jacoba beschäftigten Arbeiter die monatlich einmalige bargeldlose Lohnzahlung durch Überweisung auf ein Bank- oder Sparkassenkonto eingeführt. Die Überweisung wird so erfolgen, daß jeder Arbeiter spätestens am 16. Kalendertag eines jeden Monats über den Lohn des Vormonats verfügen kann. Die Gewerkschaft Sophia-Jacoba gibt jeweils für ein Kalenderjahr im voraus durch Anschlag bekannt, von welchen Tagen ab über die Löhne für die einzelnen Monate verfügt werden kann. Diese Termine sind auch Stichtage für die Berechnung des Urlaubslohnes, des Regellohnes und des Arbeitgeberzuschusses zum Krankengeld.

Die Lohnabrechnung wird jeweils im verschlossenen Umschlag über die betreffende Bank oder Sparkasse zusammen mit der Gutschriftsanzeige zugestellt. Alle Arbeiter, die noch kein Lohnkonto bei einer Bank oder Sparkasse besitzen, haben ein solches unverzüglich einzurichten. Sie erhalten bei der Lohnzahlung am 16. 11. 1967 eine vorbereitete Mitteilungskarte, die spätestens bis zum 30. 11. 1967 der Lohnbuchhaltung ausgefüllt einzureichen ist. Die Gewerkschaft Sophia-Jacoba ist berechtigt, ein Bank- oder Sparkassenkonto nach Rücksprache mit dem Arbeiter einrichten zu lassen, wenn die Mitteilungskarte nicht rechtzeitig vorliegt.

Zur Mithilfe bei der Umstellung auf die monatlich einmalige bargeldlose Lohnzahlung gewährt die Gewerkschaft Sophia-Jacoba allen Arbeitern, die am 30. 11. 1967 dem Betrieb angehören und deren Arbeitsverhältnis am Auszahlungstag weder gekündigt noch aufgelöst worden ist, einen grundsätzlich verlorenen Zuschuß von

25 DM, wenn auf die Gewährung eines Überbrükkungsvorschusses verzichtet wird,

20 DM, wenn nur die Hälfte des Überbrückungsvorschusses beantragt wird, und

15 DM, wenn der volle Überbrückungsvorschuß in Anspruch genommen wird.

Dieser verlorene Zuschuß wird am 29. 12. 1967 — gegebenenfalls zusammen mit dem beantragten Überbrückungsvorschuß — überwiesen und mit der Lohnabrechnung für den Monat Dezember 1967 versteuert und versichert.

Den verlorenen Zuschuß in Höhe von 25 DM erhalten auch diejenigen Arbeiter, die sich bereits für die monatliche bargeldlose Lohnzahlung entschieden haben, sowie alle Angestellten.

Endet das Arbeitsverhältnis vor dem 31. März 1968 aus Gründen, die das Belegschaftsmitglied zu vertreten hat, so wird der gewährte Zuschuß zur Rückzahlung fällig.

Arbeiter, die ihren Lohn bisher noch zweimal monatlich erhalten, und die Fixumempfänger können bis zum 30. 11. 1967 einen unverzinslichen Überbrückungsvorschuß bis zu den nachstehenden Höchstsätzen beantragen, über den am 29. 12. 1967 bei dem kontoführenden Geldinstitut verfügt werden kann. Voraussetzung ist, daß sie am 30. 11. 1967 dem Betrieb angehören und das Arbeitsverhältnis am Auszahlungstag noch besteht bzw. nicht gekündigt ist.

Verheiratete und Gleichgestellte (Empfänger von Bergmannswohngeld)	DM 300,00
Ledige über 18 Jahren	DM 150,00
Ledige unter 18 Jahren	DM 100,00

Der Überbrückungsvorschuß wird, beginnend mit der Überweisung für den Monat Januar 1968, in monatlichen Raten von 30 DM vom Lohn einbehalten.

Endet das Arbeitsverhältnis vor der völligen Einbehaltung des Restbetrages, so wird der noch ausstehende Betrag sofort zur Rückzahlung fällig. Invalide werdende Belegschaftsmitglieder können die weitere ratenweise Tilgung beantragen.

Diese Betriebsvereinbarung gilt auch für die im Monatsfixum beschäftigten Arbeiter.

In einem Merkblatt werden die wichtigsten Einzelheiten der Vereinbarung erläutert. Um eine möglichst reibungslose Umstellung zu gewährleisten, bittet man, die folgenden Hinweise zu beachten:

Die Lohnzahlungstermine sind so gelegt, daß jeder Arbeiter spätestens am 16. eines jeden Monats über den Nettolohn des Vormonats verfügen kann. Fällt dieser Tag auf einen Sonn-, Feier- oder Ruhetag, so gilt der letzte Arbeitstag vor dem 16. des betreffenden Monats. Das trifft auch für die Fixumempfänger zu. Die Zahltage werden jeweils durch Aushang bekanntgemacht.

Die bargeldlose Lohnzahlung ist für mehr als die Hälfte unserer Arbeiter nichts Neues mehr. Sie kennen schon die Vorteile dieser Zahlungsart und wissen, wie sie vor sich geht. Den übrigen Mitarbeitern geben wir folgende Hinweise:

Zunächst ist die Einrichtung eines sog. Lohnkontos bei einem Geldinstitut nach freier Wahl erforderlich. Am besten und bequemsten ist natürlich, wenn man es bei einer Bank oder Sparkasse am Wohnort beantragt. Jedes Belegschaftsmitglied, welches den Lohn noch bar empfängt, erhält bei der Lohnzahlung am 16. 11. 1967 einen Vordruck, mit dem die Konto-Nr. und Anschrift des Geldinstituts bis zum *30. 11. 1967* der Lohnbuchhaltung mitgeteilt werden muß.

Am 15. 12. 1967 wird dann der Restlohn November 1967 erstmalig auf dieses Konto überwiesen. Das Geldinstitut erhält von der Gewerkschaft Sophia-Jacoba eine Mitteilung über den gutzuschreibenden Betrag in Form eines verschlossenen Umschlages, in dem sich die Lohnabrechnung für den abgerechneten

Monat befindet. Diese Mitteilung, auch Gutschriftträger genannt, wird dem Kontoinhaber zusammen mit dem Tagesauszug ausgehändigt.

Für holländische Grenzgänger ist die gleiche Regelung vorgesehen. Vorteilhaft für eine schnelle Bearbeitung ist die Eröffnung eines Kontos bei der Bank, Spar- oder Darlehnskasse des Wohnortes. Selbstverständlich kann auch bei jedem anderen Geldinstitut innerhalb der Bundesrepublik ein Konto eingerichtet werden. Eine Kontoeröffnungsgebühr wird von den Geldinstituten unseres Einzugsgebietes nicht erhoben. Wenn dagegen für die Ausführung von Daueraufträgen oder für die Zusendung der Tagesauszüge durch die Post anteilige Kosten gefordert werden, so haben wir darauf keinen Einfluß.

Einen zinslosen Überbrückungsvorschuß können, da sie bereits monatlich einmalig entlohnt werden, nicht erhalten:

die Facharbeiterlehrlinge,

die Praktikanten und

diejenigen Arbeiter, die sich schon bisher für die einmalige bargeldlose Lohnzahlung entschieden haben.

Fixumempfängern steht die Beantragung des Vorschusses wegen der Verlegung des Zahltages frei. Für die Beantragung des Überbrückungsvorschusses ist dieselbe Mitteilung zu verwenden, die für die Bekanntgabe der Konto-Nr. maßgebend ist. Falls schon ein Lohnkonto vorhanden ist, wird der Lohnüberweisung am 16. 11. 1967 eine Antragskarte beigefügt. Die nächsten Zahlungen werden zu den folgenden Terminen erfolgen:

Barauszahlung oder Überweisung auf ein Lohnkonto

am 16. 11. 1967	Restlohn Oktober 1967
am 29. 11. 1967	Abschlag November 1967 und/oder Weihnachts- und Ergebnisprämie

Überweisung auf ein Lohnkonto

am 15. 12. 1967	Restlohn November 1967
am 29. 12. 1967	Überbrückungsvorschuß und/oder verlorener Zuschuß
am 16. 1. 1968	Restlohn Dezember 1967
am 16. 2. 1968	Restlohn Januar 1968 (abzüglich 1. Rate Überbrückungsvorschuß)

Die Zahlung des Kranken- oder Hausgeldes hat uns die Aachener Knappschaft mit Einführung der monatlichen bargeldlosen Lohnzahlung wieder übertragen. Die Verrechnung dieser Beträge erfolgt über die Lohnabrechnung. Aus diesem Grunde wird die Aachener Knappschaft — von einigen Ausnahmen abgesehen — ab 1. 12. 1967 das Kranken- und Hausgeld für unsere Belegschaftsmitglieder nicht mehr direkt zahlen.

Dadurch werden unsere Mitarbeiter in die Lage versetzt, zukünftig zu den Lohnzahlungsterminen über einen fast immer gleichbleibenden Nettolohn verfügen zu können.

Sieben Jahre „Betriebliches Vorschlagwesen" auf Sophia-Jacoba

Seit im Jahre 1960 mit der kleinen Druckschrift „Freie Fahrt für Ihre Ideen" der Startschuß für das betriebliche Vorschlagwesen auf unserem Werk gegeben worden ist, haben viele Belegschaftsmitglieder spontan ihr Interesse an dieser wichtigen Einrichtung bekundet. Bereits in den ersten sechs Monaten konnten 70 Vorschläge bearbeitet, von dem regelmäßig zusammentretenden Bewertungsausschuß beurteilt und zum großen Teil prämiiert werden. Bis heute haben sich 204 Belegschaftsmitglieder des Unter- und Übertagebetriebes an der immer noch aktuellen Aktion beteiligt. Insgesamt sind 290 Vorschläge eingereicht worden. Für 127 zum Teil hervorragende Ideen konnten Prämien in einer Gesamthöhe von 11 960 DM ausgezahlt werden. Die Höhe der Einzelprämien schwankte dabei zwischen 30 DM und 600 DM. Einreicher von 35 weiteren Vorschlägen wurden mit wertvollen Sachprämien ausgezeichnet. 128 Vorschläge mußten abgelehnt werden, weil sie entweder schon bekannt waren oder im Betrieb aus technischen oder sicherheitlichen Gründen nicht durchgeführt werden konnten. Aus diesem kurzen Überblick geht hervor, daß jeder zweite eingereichte Vorschlag eine brauchbare Idee beinhaltete, die dazu beigetragen hat, irgendwo in unserem Betrieb die Arbeit besser oder sicherer zu gestalten.

Wenn auch in den letzten Jahren durch verstärkte Mechanisierung und ausgefeiltere Organisationsformen die Arbeitsvorgänge auf allen Gebieten weitgehend rationalisiert worden sind, so gibt es doch ohne Zweifel noch eine Fülle von Verbesserungsmöglichkeiten. Hier ist es ein überflüssiger Handgriff, dort eine vielleicht unbedeutend erscheinende Änderung an einem Gerät. Die Wahrscheinlichkeit, daß Sie mit Ihrem Verbesserungsvorschlag sich selbst und Ihren Kollegen die Arbeit erleichtern können, ist groß. Wer mit offenen Augen seiner Arbeit nachgeht und bereit ist mitzudenken, der wird mit seinen Hinweisen wertvolle Anregungen geben können.

Jede brauchbare Idee wird prämiiert. Sie bringt Ihnen also nicht nur das Gefühl, etwas Besonderes geleistet zu haben, sondern auch eine spürbare Aufbesserung Ihres Taschengeldes und damit vielleicht die Erfüllung eines langgehegten Wunsches!

Sie alle werden darum erneut aufgerufen, mitzumachen und stets um eine optimale Gestaltung Ihres Arbeitsplatzes bemüht zu sein. Eine rege Beteiligung der Belegschaft am betrieblichen Vorschlagwesen hilft mit, unser gemeinsames Werk krisenfest und unser Produkt Kohle auch in Zukunft gegenüber anderen Energieträgern konkurrenzfähig zu erhalten.

Auf der letzten Sitzung des Bewertungsausschusses am 31. August 1967 haben zehn Verbesserungsvorschläge vorgelegen. An folgende acht Werksangehörige sind steuerfreie Beträge zwischen 50 DM und 200 DM ausgezahlt worden:

Bartels, Heinz	Raimann, Franz
Franz, Paul	Schade, Heinz
Ketter, Hans	Schlieper, Egon
Lindrath, Friedhelm	Thoennissen, Hubert.

Diesen Prämiengewinnern und allen, die sich aktiv am betrieblichen Vorschlagwesen beteiligt haben, sagen wir Dank für ihre Mitarbeit und verknüpfen damit die Hoffnung, daß auch weiterhin viele Belegschaftsmitglieder Verbesserungsvorschläge einreichen. He

Großdiagonal und Großbandanlage erschließen den Abbau unter der 4. Sohle

Bisher wurden im Felde zwischen der I. und VII. Richtstrecke, also zwischen den Schächten 2/3 in Hückelhoven und der Zentralanlage 4/HK in Ratheim nur die zum Bereich der 2. (= 360 m) und 4. (= 600 m) Sohle gehörenden Flözpartien abgebaut. Diese Kohlenvorräte sind jedoch bis auf geringe Restflächen erschöpft.

Daher wurden jetzt die im südöstlichen Bereich weit unter der 4. Sohle anstehenden Flözpartien aufgeschlossen und für den Abbau vorbereitet. Der Abbau wird sich in zunehmendem Maße nach dort verlagern und die Flöze Ley, Rauschenwerk, Groß Athwerk sowie Merl in Angriff nehmen.

Die sicheren Kohlenvorräte dieser vier genannten Flöze betragen unter Berücksichtigung von rd. 35 % nicht bauwürdiger, also gestörter Flächen insgesamt 3,85 Mill. t. Davon stellt das liegende Flöz Merl den größten Anteil, da es bisher nur nördlich der V. Richtstrecke gebaut wurde, während die hangenden Flöze bereits bis zur II. Richtstrecke und im gesamten Bereich der 3. Abteilung abgedeckt sind.

Die große Teufenlage der im Feld unter der 4. Sohle anstehenden Flöze erforderte die Herstellung eines über 1600 m langen Unterwerksquerschlages, von dem aus sämtliche Flözpartien erfaßt werden können. Daher wurde dieser Querschlag als zentrale Hauptförderachse in die Mitte des Feldes, also in Höhe der 4. Abteilung, gelegt (siehe Abbildung 1: Sohlengrundriß).

Der Querschlag erhielt, entsprechend der Lagerung des Flözes Merl, einen Sohlenabstand von 170 m.

Für die Herstellung der Förderverbindung vom Unterwerksquerschlag zu den Schächten der Zentralanlage in Ratheim wurden drei Möglichkeiten erwogen, nämlich:

Tieferteufen der Hauptförderschächte 4 oder HK in Ratheim und Auffahren einer rd. 1200 m langen söhligen Verbindungsstrecke zum Unterwerksquerschlag in der 4. Abteilung.

Herstellen eines Zentralblindschachtes aus dem 4. Abteilungsquerschlag.

Auffahren eines Großdiagonals von der 4. Sohle, der Hauptfördersohle unserer Anlage, zum Unterwerksquerschlag.

Davon war die beste Lösung die Auffahrung eines Großdiagonals aus dem 4. Abteilungsquerschlag. Ein Großdiagonal konnte geplant werden, weil die technische Entwicklung der Bandförderung einen solchen Stand erreicht hat, daß ein durchgehender Förderfluß bis hinauf zur 4. Sohle möglich ist. Es ist schneller und billiger herzustellen als seigere Grubenbaue. Maßgebenden Einfluß auf die Wahl des Großdiagonals hatte auch der Verlauf des liegenden Flözes Merl im nördlichen Bauabschnitt der 4. Abteilung. In diesem Bereich fällt das Flöz von der 4. Sohle aus auf über 600 m Länge fast gleichbleibend mit 15g nach Süden ein. Hinsichtlich der Anschlüsse zu den einzelnen Bauhöhen war daher die Auffahrung eines Großdiagonals parallel zu den einfallenden Schichten des Flözes besonders vorteilhaft (siehe Abbildung 2: Schnitt durch die 4. Abteilung).

Das Großdiagonal erhielt eine Gesamtlänge von fast 700 m und wurde 10 bis 20 m unter dem einfallenden Flöz Merl aufgefahren, damit die Streben darüber hinweglaufen können und ein Unterbauen vermieden wird. Die Blindschächte 4403 und 4405 verbinden die 4. Sohle mit dem Unterwerksquerschlag und sind mit einer Wendeleinrichtung ausgerüstet, damit die in ihrem Bereich anfallenden Kohlen und Berge zur Unterwerkssohle abgefördert und dort von der Bandanlage aufgenommen werden können.

An der südlichen Baugrenze in Höhe der I. Richtstrecke dient der Blindschacht 4400 hauptsächlich als Wetter- und Materialschacht. Die Frischwetterversorgung des gesamten Feldes unter der 4. Sohle erfolgt von Schacht 3 in Hückelhoven über die I. Richtstrecke. Die Abwetter gehen durch die VII. Richtstrecke nach Schacht 4 in Ratheim und nach Schacht 2 in Hückelhoven durch die Flözstrecke Merl Diagonal 430. Großdiagonal und Unterwerksquerschlag sind in einer geraden Achse aufgefahren, so daß für die gesamte Kohlen- und Bergeförderung des Feldes nur eine einzige durchgehende Großbandanlage bis hinauf zur zentralen Ladestelle auf der 4. Sohle erforderlich ist.

Diese Ladestelle ist vollautomatisiert und befindet sich nördlich des Aufbruches 4402 am oberen Ansatzpunkt des Großdiagonals. Dort erfolgt der weitere Transport in Großraumwagen durch die 4. Abteilung und VII. Richtstrecke zur Zentralanlage der Schächte 4/HK in Ratheim.

Die Ausrichtungsarbeiten des Feldes begannen im März 1964 und nahmen insgesamt drei Jahre in Anspruch. Ende April 1967 erreichte der Unterwerksquerschlag seine Endlänge und seine Verbindung mit dem Blindschacht 4400 in Höhe der I. Richtstrecke.

Nach dem Auffahren der Maschinenkammer, des Traforaumes sowie der Ladestrecke auf der 4. Sohle erfolgte im Mai dieses Jahres der Einbau der Großbandanlage.

Die Gesamtlänge der 1 m breiten Großbandanlage aus Stahlseilgurt beträgt 2292 m. Der Antrieb befindet sich am Kopf des Großdiagonals in der Maschinenkammer und erfolgt durch vier jeweils 170 kW starke Elektromotoren. Die Fördergeschwindigkeit liegt bei 1,8 m/sec. In der Stunde kann bei einer Hubhöhe von 170 m eine maximale Fördermenge von 760 t transportiert werden. Außer der Produktenförderung ist die Anlage auch für die Seilfahrt eingerichtet.

Im einzelnen sind folgende technische Daten hervorzuheben:

Ein Eickhoff-Zweitrommel-Bandantrieb

Länge	8,0 m
Breite	6,8 m
Höhe	4,0 m
Durchmesser der Antriebstrommel	1,25 m
Anzahl der Kegelstirnradgetriebe	4
Anzahl der Elektromotoren	4
Gesamtgewicht	59 t

2292 lfd. m offenes Eickhoff-Bandtragegerüst

Die Gurtmuldung beträgt im Obertrum 37,5° und im Untertrum 10°.

4650 lfd. m Stahlseilgurt St 3500 in flammwidriger Ausführung

(Hersteller Firma Clouth, Köln)

Breite	1,0 m
Dicke	22 mm
Gewicht	42,8 kg/m
Bruchkraft	380 t
Gurtverspannung	8 t

Grundriß und Querschnitt der aufgeschlossenen Flözpartien

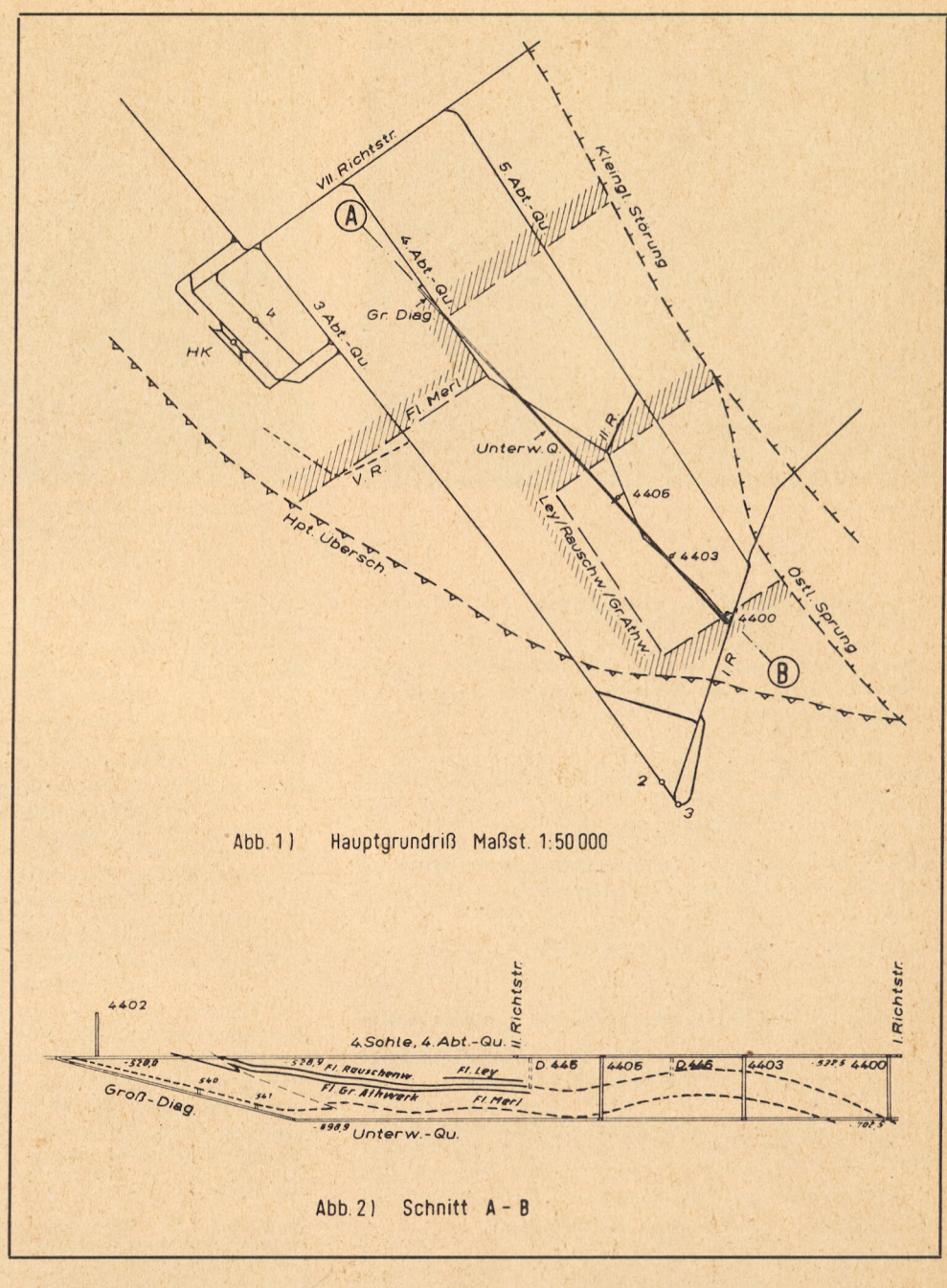


Abb. 1) Hauptgrundriß Maßst. 1:50 000

Abb. 2) Schnitt A - B

Eine Eickhoff-Umkehrstation mit verfahrbarem Spannwagen

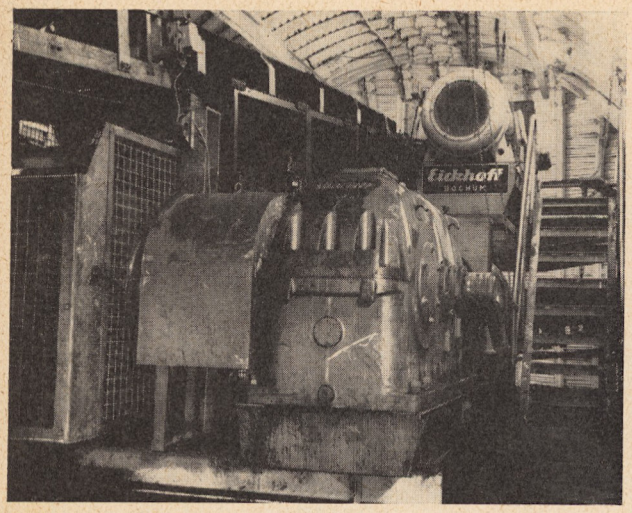
Durchmesser der Umkehrtrommel	1,0 m
Länge	10,9 m
Breite	1,65 m
Höhe	4,0 m
Gewicht des Spanngewichtes	8 t

Als Sicherheitseinrichtung sind folgende Geräte eingebaut:

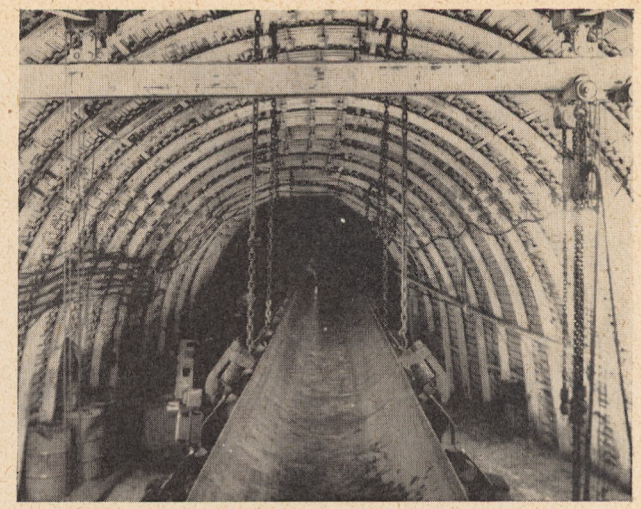
Drei Schieflaufsicherungen setzen die Anlage bei unzulässigem Schieflauf des Gurtes automatisch still. Eine Tachorolle schaltet bei auftretendem Bandschlupf die Anlage ab. Vier Rücklaufsperren verriegeln die Kegelstirnradgetriebe nach dem Stillsetzen der Bandanlage gegen Rücklauf.

Entlang des Bandes ist eine Signalleine verlegt, so daß bei Seilfahrt der Fahrende von jeder Stelle aus das Band abschalten kann. Vor Gefahrenstellen (Zwischenaufgabestellen) sind im Abstand von 10 m Überfahrklappen eingebaut, die nach Überfahren der Absteigestelle das Band selbsttätig außer Betrieb setzen.

Die auslaufenden Ausrichtungsarbeiten, der Ausbau der alten Fördereinrichtung sowie der Einbau der Großbandanlage erforderten einen erheblichen Arbeits- und Organisationsaufwand. Außerdem mußte die Anlage innerhalb kürzester Zeit betriebsfertig sein. Um Leerläufe und Fehlleistungen zu vermeiden, wurde als geeignetes Hilfsmittel zur Koordinierung der einzelnen Arbeitsabläufe die Netzwerktechnik angewendet. Bereits nach vier Wochen Einbauzeit konnte daher Anfang Juni das Großband in Betrieb genommen werden. Der erste Abbau, der seine Kohlen auf dieses Band aufgibt, ist der westlich der 4. Abteilung an der nördlichen Baugrenze entwickelte Rückbaustreb Flöz Merl (= Revier 13). Er ist durch die Kurzdiagonale 540 und 541 an das Großdiagonal angeschlossen. Zwei weitere Streben im Unterwerksfeld werden Ende dieses Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres nördlich und südlich des Blindschachtes 4405 in Flöz Groß-Athwerk anlaufen, so daß bereits in wenigen Monaten der überwiegende Teil der Förderung südlich der VII. Richtstrecke aus dem neu aufgeschlossenen Feld unter der 4. Sohle kommen wird. Mü



Antrieb rechte Seite



Großdiagonal und Bandanlage
(Ein Blick von der Maschinenkammer in das Diagonal)

Im Scheinwerfer...

In diesem Beitrag setzen wir die Berichterstattung über besonders hervorragende Leistungen in unserem Untertagebetrieb fort.

Im August 1967 konnte im Grubenbetrieb unserer Schachtanlage mit

2,567 tvF/MS

die höchste Monatsdurchschnittsleistung seit Bestehen unseres Unternehmens erreicht werden.

Die höchste Kohlenförderung erzielten:

Juli 1967

Revier 15	Reviersteiger Rudolf	1038 tato vF
Revier 21/17	Reviersteiger Ramöller/Wagner	1043 tato vF

Die höchsten Monatsauffahrungen in den Flözstrecken erreichten:

Juli 1967

Revier 33	Reviersteiger Baumgarten Flözstrecke Gr. Athwerk O 446	174 m

August 1967

Revier 33	Reviersteiger i. V. Czerwinske Flözstrecke Gr. Athwerk O 446	171 m
Revier 31	1. Reviersteiger Schubert Störungsflözstrecke Rauschenwerk O 4404	152 m

September 1967

Revier 33	1. Reviersteiger Strack KH Flözstrecke Gr. Athwerk O Diag. 446	157 m
Revier 35	1. Reviersteiger Rapp Flözstrecke Merl Rev. 16	150 m
	Flözstrecke Gr. Athwerk O 2303 und Umzug von Diagonal 17	154 m

Ein besonders zu beachtender Faktor der Rentabilität unseres Betriebes sind die Revierselbstkosten je Tonne verwertbarer Förderung, um deren ständige Senkung jeder Beteiligte bemüht sein muß. In der Berichtszeit konnten folgende Reviere auf diesem Gebiete besondere Erfolge verzeichnen:

Juli 1967

Revier 11 — Reviersteiger Hannock
23,18 % unter dem Durchschnitt aller Abbaureviere,

August 1967

Revier 9 — Reviersteiger i. V. Küsters
13,34 % unter dem Durchschnitt aller Abbaureviere.

Chronik der Besuche bei Sophia-Jacoba

Als Gäste unseres Unternehmens konnten wir in den vergangenen Wochen begrüßen:

am 1. 8. einen Geistlichen Rat aus Wien,
am 7. 8. zwei geistliche Herren aus Spanien,
am 7. und 8. 9. einen Kreis niederländischer Kohlenhändler,
am 15. 9. zwei Ingenieure von den Staatsmijnen Holland,
am 19. 9. eine Gruppe englischer Bergingenieure im Rahmen des Deutsch-Englischen Ingenieuraustausches 1967,
am 22. 9. vier leitende Herren der Zeche Prosper in Bottrop,
am 26. 9. eine weitere Gruppe englischer Bergingenieure im Rahmen des Deutsch-Englischen Ingenieur-Austausches 1967,
am 4. 10. die Studierenden des Maschinen- und Elektrosteigerlehrgangs der Bergschule Aachen,
am 5. 10. einen Kreis Herren des Kreiswehrersatzamtes in Jülich,
am 10. 10. einen französischen Bergingenieur,
am 12. 10. einen größeren Kreis von Kohlenhändlern aus dem norddeutschen Raum,
am 17. 10. eine Gruppe Herren vom Ingenieurbüro Gosch,
am 18. und 19. 10. eine Gruppe von Kohlenhändlern aus Norddeutschland,
am 24. 10. einen Kreis englischer Berg-Elektroingenieure.

Die neue Weißkaue in Betrieb

„Mit Schlips zur Zeche", so überschrieb eine der örtlichen Tageszeitungen ihren Bericht über die Inbetriebnahme der neuen Weißkaue auf unserer Schachtanlage 4/HK in Ratheim.

Das moderne, lichte und geräumige Bauwerk, von Professor Dr.-Ing. e. h. Fritz Schupp entworfen, wurde am 13. Oktober 1967 von unserem Vorstandsvorsitzenden Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Helmut Kranefuss symbolisch der Belegschaft übergeben. Bei der Aushändigung des Schlüssels an den Betriebsratsvorsitzenden Anton Rodenbücher waren neben Professor Schupp der gesamte Grubenvorstand, die leitenden Herren und der Betriebsrat unseres Unternehmens anwesend. Bergwerksdirektor Kranefuss sagte in seiner Ansprache: „Wir fügen heute unserer modernen Neuanlage ein weiteres Stück fortschrittlicher Entwicklung hinzu. Sie wissen, daß dem Ausbau unseres Unternehmens ein Stufenplan zugrunde liegt, den wir Stück für Stück zu verwirklichen uns vorgenommen haben.

Zuerst kam der technische Ausbau der Grube und ihre Produktionsanlagen. Danach haben wir uns der Verbesserung der nicht unmittelbar produktionsabhängigen Einrichtungen zugewandt. Die Reihenfolge ist verständlich, denn was nützen die schönsten Büros, die besten Umkleide- und Waschräume, wenn der Arbeitsplatz nicht gesichert ist.

Wir wissen aber ebenso gut, daß es ohne den Menschen, ohne den Bergmann, bei aller Technik nicht geht. Die menschliche Arbeitskraft — und wir sind uns dessen bewußt und haben es durch diesen Bau unter Beweis gestellt —, den arbeitenden Menschen, sehen wir als unser höchstes Gut an. Wir sind uns auch klar darüber, daß der Wert und die Bedeutung des einzelnen Menschen im Betrieb mit dem Fortschreiten der Technik gewachsen sind und noch weiter wachsen. Die moderne Bergbautechnik verlangt qualifiziertere und besser ausgebildete, verantwortungsbewußtere Männer.

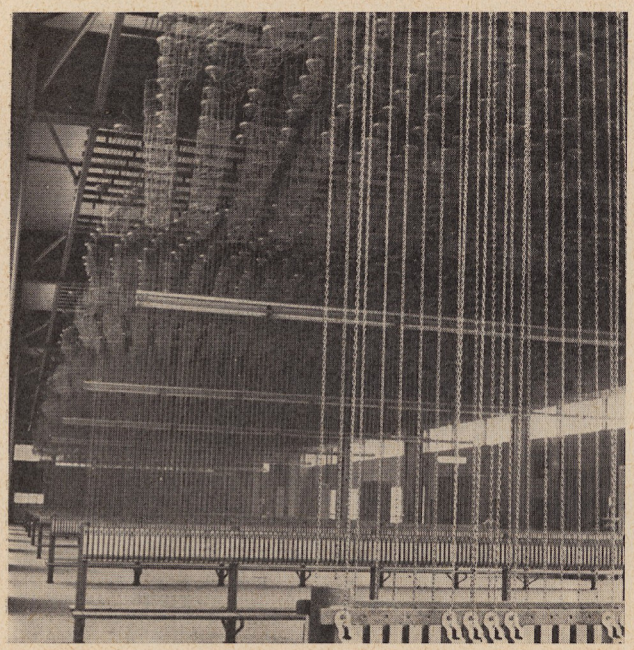
... Wir haben uns von dem Gedanken leiten lassen, daß unser Fortbestand ganz wesentlich vom Vertrauen der Bergleute in die Zukunft abhängt. Dieses Vertrauen erreicht man aber nicht dadurch allein, daß man den Bergleuten ihre Arbeitsplätze durch technische Maßnahmen sichert oder als gesichert schildert, der Bergmann muß auch die Gewißheit haben, daß er am sozialen Fortschritt teilnimmt und daß man ihm die besten Arbeitsbedingungen schafft, daß man für Sicherheit, Sauberkeit und auch für die Schönheit des Arbeitsplatzes sorgt. Wir hoffen damit, das Betriebsklima zu verbessern und die Zufriedenheit am Arbeitsplatz zu erhöhen. Daß wir etwas Schönes und technisch Vollkommenes geschaffen haben, davon können Sie sich selbst heute überzeugen.

Bild oben links: Bergassessor Kranefuss bei seiner Ansprache im Foyer der Kaue

Bild oben rechts: Baudirektor Bliersbach erklärt den Gästen die technischen Einrichtungen im Keller des Hauses

Bild unten links: Ein Blick in die neue Weißkaue

Bild unten rechts: So sehen die neuen Brauseräume aus



... Und so glaube ich, sagen zu können, wieder einmal hat Sophia-Jacoba demonstriert, daß es nicht nur in hoffender Ergebenheit an die Zukunft glaubt, sondern durch Taten für seinen Fortbestand sorgt ... Sophia-Jacoba — Glückauf in alle Zukunft!"
In der neuen Weißkaue sind 4000 Kleiderhaken untergebracht. Zu dem Komplex gehören Waschräume mit über 400 Brausen, die nach einem bei unserem Unternehmen selbst entwickelten System auf rationellste Weise bedient werden können.
Bergwerksdirektor Kranefuss und der Betriebsratsvorsitzende Rodenbücher appellierten an die Belegschaft, die neuen Räume und Einrichtungen pfleglich zu behandeln. Jeder soll und muß sich dabei für sich und seinen Nachbarn verantwortlich fühlen.

Aus der Arbeit der Ausbildungsabteilung

Erfolgreicher Abschluß der Bergschule

Die Prüfung zum Grubensteiger haben am 11. Oktober 1967 in der Bergschule in Aachen mit Erfolg absolviert:

Gaberle, Erich
Liedtke, Klaus-Harry
Mehler, Klaus-Dieter
Dilsen, Helmut
Koegel, Peter
Stracks, Willi

In ihrer neuen, verantwortungsvollen Tätigkeit wünschen wir den Absolventen Glück und Erfolg.

Elektrikerprüfung bestanden

Nach Mitteilung der Industrie- und Handelskammer haben im September d. J. die Lehrabschlußprüfung als Starkstromelektrikerlehrlinge bestanden:

Bajonczak, Heinrich
Holländer, Heinz
Junior, Bernd
Papendorff, Klaus
Wilms, Franz-Willi
Rimatzki, Heinz-Willibald

Wir wünschen den erfolgreichen Prüflingen für ihren weiteren Berufsweg ein herzliches Glückauf!

Im Landschulheim in der Eifel

Die sehr positiven Erfahrungen des vergangenen Jahres veranlaßten unser Unternehmen, alle im Sommer dieses Jahres bei uns angelegten Berufsanfänger in einem Landschulheim in der Eifel zusammenzufassen. In einer engen Lebensgemeinschaft in der Jugendherberge Rodert bei Münstereifel erlebten und erlernten die Jungen wichtige Regel des menschlichen Zusammenlebens. Regeln, die ihnen das Sicheinfügen in das Berufsleben und die Betriebsgemeinschaft erleichtern sollen.

Die Leitung der Gruppe lag in den Händen von Ausbildungssteiger Schabik. Ihm zur Seite standen Sportlehrer Kleisa, Meisterhauer Kurpik und für den Unterricht in der Bergjungarbeiterklasse Herr Mihm.

In der reizvollen Landschaft der Eifel erlebten unsere Jungen fast drei Wochen, die von fleißiger Arbeit, aber auch von Spiel, Unterhaltung und Wanderungen angefüllt waren. Nach Wecken, Frühsport und Reinigung der Unterkünfte folgte ein opulentes Frühstück. Der Vormittag war mit Berufsschulunterricht ausgefüllt. Nach dem Mittagessen, bei dem oft Rekorde in bezug auf die verspeisten Mengen aufgestellt worden sind, folgte eine Stunde für gemeinsame Schularbeiten und dann die Gelegenheit zu Sport, Spiel und Wanderungen durch die herbstliche Landschaft. Nach dem Abendessen versammelte man sich zu Diskussionen und zum Singen. Der Tag klang aus mit einer Rückschau in einer besinnlichen Viertelstunde und einer Vorschau auf die Pläne des nächsten Tages. Ein solcher Tagesablauf mußte naturgemäß jeden echten Jungen begeistern. — Man spürte es deutlich im Gespräch mit den Teilnehmern dieses Landschulaufenthaltes. Auch die zu den Wochenenden zu Besuch angereisten Eltern waren von der Landschaft, dem Heim und der Betreuung ihrer Jungen beeindruckt.

In einer Gesangstunde führten die Jungen Arbeitsdirektor Schmitz (im Hintergrund 3. v. l.) ihr Liederrepertoire vor

Nachmittags wurde tüchtig an den Schulaufgaben gearbeitet

Mechanisierungshauerprüfung

Als erstes Unternehmen innerhalb des deutschen Steinkohlenbergbaus bildete unsere Gewerkschaft Sophia-Jacoba „Mechanisierungshauer" aus. Unter diesem Begriff versteht man gelernte Schlosser, die eine zusätzliche Elektrikerlehre absolvieren, und Elektriker, die sich entsprechende Kenntnisse im Schlosserhandwerk aneignen. Diese Fachleute sollen in die Lage versetzt werden, an bestimmten Betriebspunkten die Wartung und evtl. Reparaturen sowohl der elektrischen als auch der mechanischen Anlagen zu übernehmen.

Am 25. Oktober 1967 legte eine Gruppe von zehn Grubenschlossern bzw. Maschinenhauern eine Prüfung über ihre Kenntnisse als Grubenelektriker vor einer überbetrieblichen Prüfungskommission ab. Dieser Kommission gehörten an:

als Vorsitzender Dipl.-Ing. Häusler vom Eschweiler Bergwerks-Verein, als Beisitzer Elektro-Obersteiger Gilles vom EBV, Elektrofahrsteiger Dreschers vom EBV und Elektrohauer Leinweber von Sophia-Jacoba. Es waren auch anwesend: Bergrat Bohnstedt vom Oberbergamt Bonn, Oberbergrat Menn vom Bergamt Aachen und Dipl.-Ing. Hohn vom Technischen Überwachungsverein Aachen. Neben dem Vertreter des Betriebsrates, Maschinenhauer Littfinski, waren als Gäste unseres Unternehmens bei der Prüfung anwesend: Betriebsdirektor Sommer, Dipl.-Ing. Laaks, Obersteiger Porten und Ausbildungsleiter Wabner.

Alle Teilnehmer bestanden die Prüfung, wobei der Umfang der nachgewiesenen Kenntnisse im neuen Fach uneingeschränkte Anerkennung bei der Prüfungskommission fand. In den Gratulationsworten wurde vom Vorsitzenden der Kommission die Verantwortung der neuen Prüflinge für die Sicherheit an ihren Arbeitsplätzen besonders hervorgehoben. In anerkennenden Worten würdigte Bergrat Bohnstedt den Entschluß der Lehrgangsteilnehmer, sich zusätzlich in einem zweiten Lehrberuf ausbilden zu lassen. Betriebsdirektor Sommer sprach den erfolgreichen Prüflingen die Glückwünsche unseres Grubenvorstandes aus.

Nachfolgend die Namen der neuen Mechanisierungshauer:

Berghuis, Gerhardus
Buchholz, Wolfgang
Hermandung, Theo
Holter, Georg
Jennissen, Theo
Kuhn, Heinz
Liedtke, Alois
Lipke, Paul

Den Prüflingen Drehsen, Willi, und Rosner, Siegfried, wird der Elektrikerschein erst nach Abschluß der vorgeschriebenen Fachpraxis ausgehändigt.

Zweihundert Jahre Knappschaft

(Fortsetzung aus Heft 4-67)

Nach § 4 des preußischen Knappschaftsgesetzes vom 10. April 1854 mußten die Werksbeiträge mindestens die Hälfte der Versicherungsbeiträge betragen, sie konnten aber auf den vollen Betrag erhöht werden. Zu dieser möglichen Beitragserhöhung haben sich die Werksbesitzer sofort bereit erklärt. Infolgedessen bestimmten die Statuten für den Märkischen und Essen-Werdenschen Verein, daß die Werksbesitzer den vollen Betrag der von den Knappschaftsgenossen 1. und 2. Klasse zu leistenden Beiträge und die Hälfte der von den Mitgliedern 3. Klasse gezahlten Beiträge solange zu entrichten hätten, bis der Reservefonds auf seine statutenmäßige Höhe angewachsen wäre, das heißt, sich auf 50 Thaler pro Mitglied 1. Klasse belief. Im Mülheimer Knappschaftsverein zahlten die Werksbesitzer sogar ohne Einschränkung den vollen Betrag für alle drei Klassen. Die Beisteuer der Werksbesitzer zur Knappschaft, die bis dahin niemals über ¼ der Gesamteinnahme hinausgegangen war, betrug fortan gegen früher das Doppelte, wodurch weitere Erhöhungen der Leistungen ermöglicht wurden. Nach der gleichen Bestimmung des Knappschaftsgesetzes war es den Knappschaften freigestellt, die Beiträge entweder in einem bestimmten Verhältnis zum verdienten Lohn oder in festen Sätzen zu erheben. Bei der Beratung der Statuten entschied man sich entsprechend einem langjährigen Wunsche für feste Beiträge. Sie wurden in den drei Knappschaften des Ruhrbezirks gleich hoch bemessen und betrugen für Mitglieder 1. und 2. Klasse im Steigergrade 1 Thaler, im Schichtmeistergrade 25 Silbergroschen, im Hauergrade 20 Silbergroschen und im Schleppergrade 15 Silbergroschen monatlich. Die Einschreibegebühren, die 5 Silbergroschen betragen hatten, fielen weg.

Die 1824 aus der Knappschaft ausgeschiedenen Bergtagelöhner mußten, da das Gesetz für sämtliche auf einem Bergwerk beschäftigte Arbeiter den Beitragszwang eingeführt hatte, wieder aufgenommen werden.

Sie bildeten die 3. Klasse der minderberechtigten Mitglieder und zahlten einheitlich einen Beitrag von 6 Silbergroschen monatlich. Die für alle drei Knappschaftskassen gleichen Bedingungen für die Aufnahme in die Kasse waren:

a) für die 3. Klasse: 1. eine mindestens vier Wochen andauernde Beschäftigung auf einem knappschaftlichen Werke, 2. ein Alter von nicht unter 16 und nicht über 50 Jahren, 3. Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, 4. durch ärztliches Attest begründete körperliche und geistige Gesundheit;

b) für die 2. Klasse: 1. zweijährige Zugehörigkeit zur 3. Klasse ohne selbstverschuldete Unterbrechung der Bergarbeit, 2. ein Alter von nicht über 25 Jahren, 3. durch ärztliche Untersuchung festgestellte volle Gesundheit;

c) für die 1. Klasse: 1. zweijährige Zugehörigkeit zur 2. Klasse ohne selbstverschuldete Unterbrechung der Bergarbeit und hinlängliche Fertigkeit in den gewöhnlichen bergmännischen Arbeiten, 2. ein Alter von nicht über 40 Jahren, 3. durch ärztliche Untersuchung festgestellte volle Gesundheit, 4. Nachweis der im stehenden Heere genügten Dienstpflicht oder der Befreiung hiervon und in diesem Falle ein Alter von mindestens 25 Jahren.

Der paritätisch zusammengesetzte Vorstand bestand beim Märkischen und Essen-Werdenschen Verein aus je 20 und beim Mülheimer Verein aus 12 Mitgliedern. Ihre Amtsdauer betrug sechs Jahre, alle drei Jahre schied die Hälfte aus. Die Versichertenvertreter im Vorstand wurden von den Knappschaftsältesten und übrigens auch aus ihren Reihen gewählt, während die Werksvertreter in der Weise gewählt wurden, daß der Wählende für je 100 Mann seiner Grube eine Stimme abgab. Die Bergbehörde übte im Vorstand die Aufsicht so aus, daß der Bergamtsdirektor oder ein von ihm bestellter Kommissar den Beratungen des Vorstandes beiwohnte, der das Recht hatte, jeden statutenwidrigen Beschluß zu beanstanden und zur Kenntnis der Behörde zu bringen. Auch gab er bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Ferner bestätigte die Bergbaubehörde die vom Vorstand gewählten Vereinsbeamten und Knappschaftsärzte und prüfte die jährlichen Rechnungsabschlüsse.

Die Grundsätze des „Knappschaftsgesetzes" vom 10. April 1854 übernahm dann das für den preußischen Bergbau so wichtige Allgemeine Berggesetz für die preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 im Titel VII in den §§ 165 bis 186 fast wörtlich, wobei jedoch die Selbstverwaltung vollständig durchgeführt, der Beitrittszwang für die Hüttenarbeiter aufgelockert und die Möglichkeit geschaffen wurde, besondere Krankenkassen zu bilden. Wie das Allgemeine Berggesetz für die Berggesetzgebung überhaupt, so ist der Titel VII für das Knappschaftsrecht der anderen deutschen Staaten vorbildlich geworden, so daß man schon von einem nahezu einheitlichen Knappschaftsrecht sprechen konnte. Wenn auch im wesentlichen nunmehr ein einheitliches Recht galt, so war damit noch in keiner Weise die Vielzahl der Knappschaftsvereine, die verschiedene Höhe der Leistungen beseitigt und die Leistungsfähigkeit der Kassen sichergestellt. Allein in Preußen waren am Ende des Jahres 1868 78 Knappschaftsvereine mit 170 112 Mitgliedern vorhanden. Schon wiederholt war in früheren Jahren von der Aufsichtsbehörde der Wunsch ausgesprochen worden, auch die drei Knappschaftsvereine des Ruhrgebiets, deren Vorhandensein für die Zechen manche Weiterungen und für die aus dem Bezirk des einen in den anderen übergehenden Versicherten allerlei Unzuträglichkeiten im Gefolge hatte, zu einem einzigen großen Verein oder wenigstens zu einer einheitlichen Pensions- und Altersversorgungskasse nach dem Vorbild anderer knappschaftlicher Verbände zu verschmelzen. Diese Bemühungen waren bisher stets an der ablehnenden Haltung der Ältesten und einiger Werksbesitzer gescheitert.

Den Widerstand beseitigte ein äußerer Anlaß Ende der 80er Jahre überraschend schnell. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 stellte nämlich die drei Vereine vor die Frage, ob sie die reichsgesetzliche Invalidenversicherung als „zugelassene besondere Kasseneinrichtung selbst übernehmen oder neben den Provinzial-Versicherungsanstalten (Landesversicherungsanstalten) nur noch als Zuschußkassen weiterbestehen wollten. Man war sich klar darüber, daß die Anerkennung als besondere Kasseneinrichtung nicht für jeden der drei Vereine, sondern höchstens für deren Gesamtheit ausgesprochen würde.

Da als Grundbedingung für die Genehmigung der Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit galt, dieser aber von den einzelnen Vereinen kaum zu führen war, so entschloß man sich unter diesem Eindruck, ohne vorherige Entscheidung, ob eigene Versicherungsanstalt oder Zuschußkasse, die Bedingung der dauernden Leistungsfähigkeit zu erfüllen, indem man am 17. April 1890 durch notariellen Vertrag die drei Vereine zu einem Verein unter dem Namen „Allgemeiner Knappschaftsverein" mit dem Sitz in Bochum, als dem Sitz des ältesten und größten der drei Vereine, zusammenschweißte. Dieser Zusammenschluß, der unbekümmert um die Zahl der Mitglieder, ohne Rücksicht auf die Vermögenslage und vor allem unbekümmert um die Verpflichtungen erfolgte, war zweifellos eine sozialpolitische Tat ersten Ranges und bedeutet den wichtigsten Merkstein in der Geschichte des heimischen Knappschaftswesens. Die Mitgliederzahl des neuen Vereins stieg auf 130 000 an, das Vermögen betrug ungefähr 5 Mill. Goldmark. Die erste konstituierende Sitzung des Vorstandes des nunmehrigen Allgemeinen Knappschaftsvereins, der sich aus 30 je zur Hälfte von den Werksbesitzern und Ältesten gewählten Personen zusammensetzte, fand am 1. Juli 1890 im Stadtverordneten-Sitzungssaal in Bochum statt. Zu diesem Zeitpunkt trat auch das neue gemeinsame Statut in Kraft. Die ordentlichen Vorstandssitzungen fanden nunmehr monatlich statt.

Zur Erleichterung des Zahlwesens bildete man zunächst drei, später sechs Zweigkassen (Zweigbüros) in Bochum, Essen, Mülheim, Dortmund, Gelsenkirchen und Herne, denen das Zahlgeschäft für den Umfang ihres Bezirkes übertragen wurde. Zugleich richtete man für diese Bezirke auch besondere Geschäftskommissionen, die späteren Geschäftsausschüsse, ein.

Sie bestanden aus vier Mitgliedern, die je zur Hälfte Werksvertreter und Knappschaftsälteste waren. Ein Mitglied führte den Vorsitz und übte gleichzeitig das Amt eines Kassenkurators für die betreffende Zweigkasse aus. Die seit 1887 im Märkischen Verein bestehenden ständigen Kommissionen für a) Regelung der Kurbezirksangelegenheiten (Kurausschuß); b) Prüfung der Jahresrechnung; c) Vorbereitung von Statutenänderungen (Satzungsausschuß); d) Einschreibungen und Beamtenbeförderungen wurden beibehalten und im Laufe der Jahre noch ergänzt durch Bildung eines Redaktionsausschusses, Rechnungsausschusses und einiger anderer Ausschüsse für gelegentliche aktuelle Angelegenheiten. Im Zusammenhang mit der durch die Kaiserliche Botschaft Bismarcks vom 17. November 1881 veranlaßten sozialversicherungsrechtlichen Regsamkeit ist am 7. und 8. Juni 1882 der Allgemeine Deutsche Knappschaftsverband mit dem Sitz in Berlin gegründet worden. Seine versicherungsrechtliche Festigung erhielt der Verband, nachdem zuerst im Jahre 1908 für die preußischen Knappschaftsvereine eine Rückversicherungsanstalt gebildet worden war, durch den im Jahre 1916 gegründeten, sämtlichen deutschen Knappschaftsvereinen offenstehenden Rückversicherungsverband. (Wird fortgesetzt)

Pläne für den Winterurlaub

Unsere, im vergangenen Winter durchgeführten Werkserholungsfahrten haben ein erfreulich positives Echo gefunden. Das veranlaßt unser Unternehmen, der Belegschaft und deren Angehörigen auch in der kommenden Wintersaison Erholungsmöglichkeiten anzubieten.

Die Anreise zu den Zielorten Bergen, Hintertux und Mayrhofen soll im kommenden Jahr immer am Freitag mit der Bundesbahn erfolgen. Wir beginnen mit dem 5. 1. 1968. Die zweite Gruppe reist am 12. 1. an, die weiteren in einem Turnus von 14 Tagen bis Mitte April. Einen genauen Fahrplan erhält jeder unserer Urlauber mit der Fahrkarte der Bundesbahn drei Tage vor Antritt der Reise ausgehändigt.

Und nun eine kurze Beschreibung unserer Urlaubsziele und der von uns jeweils ausgehandelten Preise. Genaue Informationen können vor der Eintragung beim Betriebsrat aus den dort ausliegenden Prospekten bezogen werden. Am besten können Sie allerdings Belegschaftsangehörige informieren, die bereits im vergangenen Winter einen Urlaub in diesen Orten verlebt haben.

Bergen/Obb. (600 m)

Bergen ist ein Ferienziel, besonders geeignet für nicht zu sehr ambitionierte Skiläufer und vor allem für Gäste ohne sportlichen Ehrgeiz. Diese erwartet eine große Anzahl von geräumten Spazierwegen in verschneiten Wäldern. Tägliche Schlittenfahrten mit Pferdegespannen ermöglichen auch älteren Besuchern eine bequeme Erschließung der winterlichen Umgebung. In leicht erreichbarer Nähe liegen Ausflugsziele wie Chiemsee, Salzburg, Ruhpolding, Reit im Winkl, Berchtesgaden, Kitzbühel usw. Für einen 14tägigen Aufenthalt Angehöriger ab zehntem Lebensjahr sind in der Vorsaison 203 DM (einschließlich Fahrt) zu zahlen. Der Aufenthalt in der Hauptsaison kostet 215 DM. Für Kinder unter zehn Jahren betragen die Reisekosten 83 DM, in denen allerdings der Verpflegungsaufwand nicht mit enthalten ist. Unsere Urlauber werden in Zimmern der Gruppe C untergebracht und erhalten für jeden Tag eine Essenmarke von 3,50 DM für die Mittagsmahlzeit und 2,50 DM für das Abendessen.

Hintertux/Österreich (1500 m)

Ehrgeizigen Skiläufern bietet Hintertux ideale Sportmöglichkeiten bis in den Mai hinein. Eine Seilbahn, zwei Sessellifte und fünf Schlepplifte erschließen in Hintertux und Lanersbach eine Vielfalt von Skihängen und Routen für Hochgebirgstouren in das Gletschergebiet in über 3000 m Höhe. Dank einer 22,5° warmen Thermalquelle besteht in Hintertux die Möglichkeit, im Winter im Freien zu baden. Auch beheizte Hallenbäder stehen zur Verfügung.

Der Preis für einen 14tägigen Aufenthalt einschließlich Reisekosten beträgt für Angehörige vom 10. Lebensjahr an in der Vor- und Nachsaison 270 DM, in der Hauptsaison 310 DM. Für Kinder bis zu 10 Jahren sind entsprechend 200 DM bzw. 230 DM zu zahlen. Unsere Belegschaftsmitglieder haben einen Beitrag von 20 DM bzw. 60 DM zu leisten.

Die Unterbringung erfolgt in erstklassigen Hotels, die dem Gast neben einem fast exklusiven Komfort eine vorzügliche Gastronomie bieten. Während für die Hauptsaison (10. 2. bis 24. 3. 1968) uns nur wenige Betten zur Verfügung stehen, können in der Vor- und Nachsaison beliebig viele unserer Urlauber ihre Ferien in Hintertux verbringen. Am Rande: Außerhalb der Hauptsaison sind auch die Liftgebühren fast um die Hälfte ermäßigt.

Mayrhofen/Österreich (630 bis 2100 m)

Eine Kombination beider vorher beschriebenen Orte stellt Mayrhofen dar. Mit dem schneesicheren und sonnigen Hochplateau des Penken, durch eine Großkabinenbahn verbunden, bietet es im hochalpigen Skigebiet Skilifte, zahlreiche Abfahrten und Tourenmöglichkeiten. Im Tal stehen geräumte Spazierwege, Rodelbahnen und eine Eisbahn zur Verfügung. Bemerkenswert ist das gesellige Treiben in diesem international bekannten Ferienort.

Die Unterbringung unserer Urlauber erfolgt in einem der ersten Hotels, das von seinen Leistungen her den Häusern in Hintertux entspricht. Die Aufenthaltskosten für Angehörige vom zehnten Lebensjahr an betragen ohne Saisonunterschiede 310 DM. Für Kinder von sechs bis zehn Jahren sind 230 DM, und für Kleinkinder bis zu fünf Jahren 175 DM zu zahlen. Zu den Aufenthaltskosten in Mayrhofen haben unsere Belegschaftsmitglieder einen Beitrag in Höhe von 60 DM zu leisten.

An einem Winterurlaub interessierte Belegschaftsmitglieder bitten wir, sich bis Mitte Dezember in die beim Betriebsrat ausliegenden Listen einzutragen.

Hier spricht die Sicherheitsabteilung

Signalgebung in Blindschächten

Vor einem Jahr wurde in unserem Grubenbetrieb bei der Seilfahrt in den Blindschächten eine wichtige Neuerung in der Signalgebung eingeführt. Es besteht Veranlassung, nochmals hieran zu erinnern. Diese Neuerung bezieht sich auf die Seilfahrten außerhalb der regelmäßigen Seilfahrt, also außerhalb der Seilfahrten zu Schichtbeginn und Schichtende.

Bei jeder Einzelseilfahrt ist unbedingt auf folgendes zu achten: Zunächst muß — wie bisher — der Korb telefonisch angefordert werden, wenn er nicht am Anschlag vorsteht.

Wenn der Korb am Anschlag angekommen ist, muß der Haspelführer erneut angerufen werden, um die beabsichtigte Seilfahrt anzumelden. Wenn der Korb also vor der Seilfahrt nicht am Anschlag vorsteht, darf man nicht mit einem Gespräch den Korb anfordern und die geplante Seilfahrt anmelden, sondern die vorgesehene Seilfahrt muß, nachdem der Korb vorgesetzt wurde, mit einem zweiten Telefongespräch dem Bremser angezeigt werden.

Anschließend muß diese Seilfahrt mit dem Signal „4 Schlag" angekündigt werden, bevor jemand den Korb betritt. Dieses Ankündigungssignal entfällt nur dann, wenn ein Selbstfahrer allein fahren will.

Der Anschläger muß also vor dem Beginn der Einzelseilfahrt den Bremser telefonisch von der geplanten Seilfahrt informieren, auch wenn er kurz vorher den Bremser schon angerufen hat mit zum Beispiel den Worten „Schick mir den Korb nach Ort II, ich habe eine Seilfahrt". Ehe er jemand auf den Korb läßt, muß er das Signal „4 Schlag" geben. Nachdem der oder die Fahrenden den Korb betreten haben, gibt er dann — nach dem Schließen des Schachttores — die für die Seilfahrt erforderlichen Signale.

Der Selbstfahrer, der berechtigt ist, weitere Personen mitzunehmen, verfährt genau wie der Anschläger, nur, daß er unmittelbar, bevor er selbst auf den Korb geht, das Selbstfahrersignal zu geben hat.

Nur der Selbstfahrer, der allein fährt, gibt das Ankündigungssignal „4 Schlag" nicht. Er meldet vor dem Betreten des Korbes dem Bremser telefonisch die beabsichtigte Einzelseilfahrt und signalisiert dann das Selbstfahrersignal.

Es ist dringend darauf zu achten, daß eine Verständigung des Haspelführers durch Zuruf (selbst wenn der Haspelstand nur wenige Meter vom Anschlag entfernt ist) strikte verboten ist und daß alle Signale langsam und deutlich gegeben werden müssen. Die Haspelführer sind — in ihrem eigenen Interesse! — angewiesen, nicht zu reagieren, wenn die Signale undeutlich sind oder nicht den Vorschriften entsprechend gegeben werden.

Beachten Sie daher diese Vorschriften peinlich genau und schimpfen Sie nicht über den „sturen" Bremser. Wenn etwas passiert, muß der Bremser seinen Kopf hinhalten. Er muß sich unter allen Umständen korrekt verhalten — tun Sie das auch!

Wegeunfälle

Wieder einmal steht ein Winter vor der Tür. Damit erhöhen sich für den Verkehrsteilnehmer die Gefahren auf dem Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Da ein beträchtlicher Teil unserer Werksangehörigen für diesen Weg ein eigenes Fahrzeug benutzt — sei es ein Fahrrad, ein Moped, Motorrad oder Wagen —, seien hier wiederum einige Hinweise gestattet, deren Befolgung dazu beitragen können, die Gefahr von Wegeunfällen in Herbst und Winter zu vermindern.

Treten Sie den Weg zur Zeche nicht zu spät an!

Sie müssen damit rechnen, daß Sie jetzt nicht so zügig vorankommen wie im Frühjahr oder Sommer. Plötzlich auftretende Nebelbänke oder Glatteisstellen sind schon manchem zum Verhängnis geworden, vor allem auch dann, wenn die Zeit drängt und man sich beeilen muß, um noch rechtzeitig zur Zeche zu kommen. Und da man solche ungünstigen Momente nie im voraus weiß, ist es richtig und zweckmäßig, in der jetzigen Jahreszeit von vornherein eine längere Fahrtdauer einzukalkulieren. Dann geht man auf Nummer sicher und schafft den Weg trotzdem noch pünktlich. Auf Glatteis wird keiner es wagen, schnell zu fahren, aber im Nebel unzulässig schnell fahren ist leider keine Seltenheit. Die Geschwindigkeit muß sich aber eindeutig nach den Sichtverhältnissen richten — wie will man denn sonst bei plötzlich auftretenden Hindernissen überhaupt noch reagieren können?

Überprüfen Sie regelmäßig die Beleuchtung ihres Fahrzeuges! Es ist einfach unglaublich, an wieviel Fahrzeugen man in der Dunkelheit defekte Beleuchtungseinrichtungen sieht. Achten Sie selber einmal darauf, wie oft von den Scheinwerfern eines Wagens einer nicht richtig brennt, oder wie häufig die Schlußleuchten teilweise oder ganz ausgefallen sind, ein Bremslicht oder eine Blinkleuchte nicht funktioniert. Das kann zu großen Gefahren führen für den Fahrer eines solchen Fahrzeuges, aber auch für andere Verkehrsteilnehmer. Es geht bei unserem Hinweis weniger um die richtige Scheinwerfereinstellung — die natürlich auch von großer Bedeutung ist —, sondern in erster Linie darum, daß Sie immer wieder kontrollieren, ob alle Lampen und Birnen bei Betätigung richtig brennen und in Ordnung sind.

Wie sieht die Bereifung Ihres Fahrzeuges aus?

Warten Sie nicht, bis das Profil restlos abgefahren ist. Die Frage guter Profile an den Decken Ihres Fahrzeuges ist zu allen Jahreszeiten sehr wichtig, ganz besonders aber in den witterungsmäßig ungünstigen Monaten November bis Februar, März.

Bei Nebel und starken Niederschlägen (Regen, Schnee) ist die Beleuchtung einzuschalten!

Denken Sie stets daran, daß in solchen Fällen mit Abblendlicht gefahren werden muß. Standlicht ist verboten, weil diese Beleuchtung zu schwach ist, für Sie als Verkehrsteilnehmer, aber auch mit Rücksicht auf die anderen Verkehrsteilnehmer, weil diese Sie dann zu spät bemerken. Wenn Sie dagegen bei Nebel volles Scheinwerferlicht einschalten, werden Sie selbst merken, daß Sie sich dadurch selbst blenden. Ver-

gessen Sie nach der Fahrt nur ja nicht, das Licht auch wieder abzuschalten, sonst ist nach der Schicht, wenn Sie wieder nach Hause fahren wollen, die Batterie leer.
Beim Parken im Freien während der Wintermonate ist es ratsam, die Windschutzscheibe und das Heckfenster des Wagens mit einem Zeitungsblatt abzudecken. Sie ersparen sich dadurch das oft mühselige Abkratzen von Eis, das sich in der Zwischenzeit auf den Scheiben gebildet haben könnte. Auf der Windschutzscheibe kann man die Zeitung mit dem Scheibenwischer festklemmen oder, wie auf der Heckscheibe, mit etwas Spucke andrücken. Fahren Sie aber auf keinen Fall mit vereisten Scheiben los, in der Hoffnung, daß die Vereisung während der Fahrt beispielsweise mit Hilfe der Wagenbeheizung wieder verschwindet. Jede Sichtbehinderung bedeutet eine zusätzliche Unfallgefahr. Ein kleines Guckloch durch Anhauchen oder durch Auflegen der warmen Hand bietet auf keinen Fall eine auch nur annähernd ausreichende Sichtmöglichkeit.

Rentenänderung in der Diskussion

Die etwa neun Millionen Altrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung sollen mit Wirkung vom 1. Januar 1968 an um 8,1 Prozent erhöht werden. Zum gleichen Zeitpunkt sollen die Altrenten aus der gesetzlichen Unfallversicherung um 7,2 Prozent angehoben werden. Diese Zehnte Rentenanpassung hat das Bundeskabinett am Mittwoch, dem 13. 9. 1967, beschlossen. Der Gesetzentwurf bedarf noch der Zustimmung des Parlaments.

Die Zehnte Rentenanpassung bringt eine Erhöhung aller Sozialrenten aus dem Jahre 1966 und früher. Diese Altrenten werden an die durchschnittlichen Arbeitsentgelte der Versicherten in den Jahren von 1963 bis 1965 angepaßt. Sie folgen damit den Löhnen und Gehältern mit vierjähriger Verzögerung.

Die Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung werden an die Veränderung der durchschnittlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme zwischen den Kalenderjahren 1965 und 1966 angepaßt. Die 7,2prozentige Erhöhung erstreckt sich auf die Geldleistungen für Unfälle, die im Jahre 1965 oder früher eingetreten sind.

Die Zehnte Rentenanpassung bringt Mehraufwendungen von insgesamt 2,32 Milliarden DM im Jahre 1968. Diese gehen im wesentlichen zu Lasten der Träger der Rentenversicherung und der Unfallversicherung.

Die Rentenanpassung steht im Einklang mit der mehrjährigen Finanzplanung. Durch den am 13. September vom Kabinett verabschiedeten Entwurf des Finanzänderungsgesetzes wird der Bundeshaushalt 1968 im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung um 1,2 Milliarden DM entlastet. Der soziale Besitzstand wird trotzdem gewahrt. Die Sozialrenten sollen sich weiterhin nach den Bruttoarbeitsentgelten richten. Sie sollen außerdem auch in Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden.

Die ungeschmälerte Erhaltung der bruttolohnbezogenen Rente erfordert Maßnahmen zum Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherung.

Die Bundesregierung schlägt dazu folgendes vor:

1. Erhöhung der Beiträge in der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung von 14 auf 15 Prozent mit Wirkung vom 1. Januar 1968 an.

   1969 sollen die Beiträge auf 16 Prozent und 1970 auf 17 Prozent erhöht werden. Die Beitragserhöhungen sind in erster Linie wegen des ungünstigen Altersaufbaues der Bevölkerung notwendig. Die Beiträge werden weiterhin für alle Pflichtversicherten je zur Hälfte vom Versicherten selbst und seinem Arbeitgeber getragen.

2. Einbeziehung aller Angestellten in die Pflichtversicherung. Die jetzige Pflichtversicherungsgrenze von 1800 DM soll abgeschafft werden. Für die höherverdienenden Angestellten, die in die Pflichtversicherung eintreten, muß der Arbeitgeber auch die Hälfte des Beitrages übernehmen. Angestellte, die über 50 Jahre alt sind, können auf Antrag von der Versicherungspflicht entbunden werden. Ebenso können sich die Angestellten befreien lassen, die eine Lebensversicherung eingegangen sind und für diese Versicherung mindestens ebensoviel aufwenden, wie für sie Beiträge zu gesetzlichen Rentenversicherung zu zahlen wären. Die Befreiung von der Versicherungspflicht muß bis zum 30. Juni 1968 beantragt werden. Die Befreiung erfolgt mit Wirkung vom 1. Januar 1968 an. Die Einbeziehung aller Angestellten in die Versicherungspflicht entspricht den Wünschen der meisten Betroffenen und dem Vorschlag der Sozialenquete-Kommission. Sie erleichtert auch eine vor allem aus Mittelstandskreisen gewünschte Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Selbständige.

3. Wegfall der Beitragserstattungen bei Heirat. Diese Maßnahme wirkt sich besonders zugunsten der Frauen aus, die in späteren Jahren wieder einen Beruf ausüben. Die Versicherungsjahre vor der Heirat führen zusammen mit späteren Versicherungsjahren oder einer freiwilligen Weiterversicherung zu einem höheren Rentenanspruch.

4. Wiedereinführung der Arbeitgeberbeiträge für beschäftigte Rentner.

   Danach müssen die Arbeitgeber für von ihnen beschäftigte Rentner den gleichen Beitragsanteil leisten wie für andere Arbeitnehmer. Diese Regelung hatte bereits bis 1965 bestanden, wurde damals aber aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten abgeschafft. Der Rentner selbst braucht keinen Beitrag zu zahlen.

5. Beteiligung der Rentner an ihrer Krankenversicherung. Dieser Beschluß ist der Bundesregierung nicht leicht gefallen. Sie geht dabei aber von der Überlegung aus, daß es dem Wesen einer sozialen Sicherungseinrichtung entspricht, daß alle, die ihr angehören, auch einen eigenen Beitrag zur Finanzierung dieser Einrichtung leisten. Die Krankenversicherung der Rentner wird bisher aus den Beiträgen der im Arbeitsleben stehenden Versicherten finanziert. Diese Versicherten werden auch nach einer Beitragszahlung der Rentner den Hauptanteil der Krankenversicherung der Rentner zu tragen haben. Die Aufwendungen für die Rentnerkrankenversicherung dürften sich im nächsten Jahr auf rund 3,5 Milliarden DM belaufen.

6. Änderungen in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

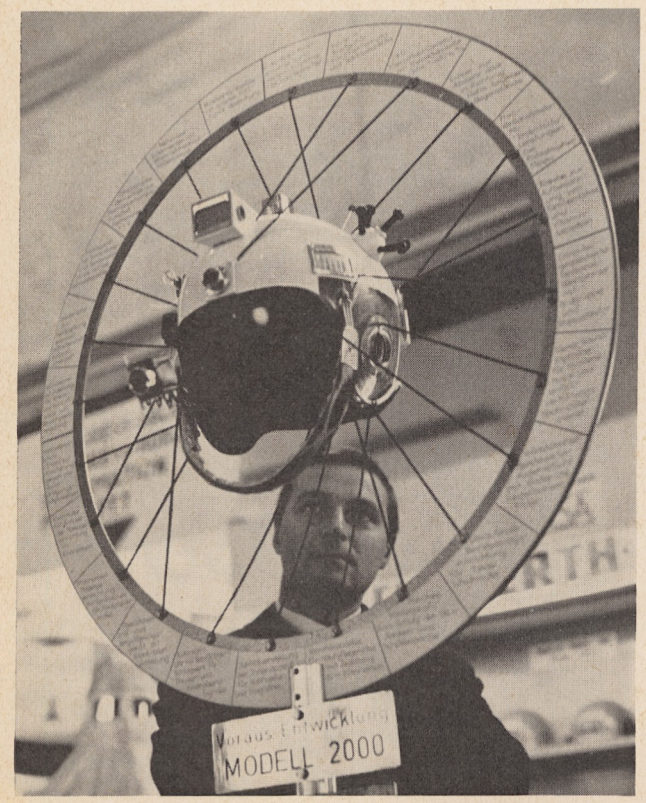
   Die Steigerungssätze für die Altersruhegelder und Erwerbsunfähigkeitsrenten sollen in einem Zeitraum von fünf Jahren schrittweise von jetzt 2,5 auf zwei Prozent und bei Berufsunfähigkeitsrenten von zwei auf 1,6 Prozent gesenkt werden.

   Die Bergleute behalten dann immer noch eine Sonderstellung gegenüber den anderen Arbeitnehmern. In der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten beträgt der Steigerungssatz, der wesentlich bestimmend für die Höhe der Rente ist, nur 1,5 bzw. ein Prozent. Die jetzigen Steigerungssätze in der knappschaftlichen Versicherung haben dazu geführt, daß die Renten oft die Nettolöhne vergleichbarer Versicherter erreichen oder übersteigen. Die vorgesehene Senkung der Steigerungssätze führt nicht zu einer Kürzung der bisherigen Renten. Die Renten aus der knappschaftlichen Rentenversicherung sollen auch in Zukunft am wirtschaftlichen Wachstum teilhaben. Nach der Übergangszeit werden diese Renten wieder im gleichen Umfang steigen wie die Renten aus der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

   Bei der Neuregelung sind auch einige Verbesserungen für Bergleute vorgesehen. So sollen künftig alle Untertagebeschäftigten die Sonderleistungen erhalten, die jetzt nur den Hauern gewährt werden. Die Beiträge zur knappschaftlichen Rentenversicherung sollen nicht erhöht werden. Sie betragen 23,5 Prozent des Arbeitsentgelts.

7. Neuregelung des Mutterschutzes.

   An Stelle des jetzigen Wochengeldes sollen die Krankenkassen künftig ein Mutterschaftsgeld in Höhe des Durchschnittsverdienstes der letzten 13 Wochen oder drei Monate vor Beginn der Schutzfristen zahlen. (Die Schutzfristen erstrecken sich über sechs Wochen vor und acht Wochen, bei Mehrlings- und Frühgeburten 12 Wochen nach der Entbindung.) Je Entbindungsfall soll der Bund den Krankenkassen 400 DM des Mutterschaftsgeldes erstatten. Die Mütter werden durch die Neuregelung weder besser noch schlechter gestellt. Sie haben jetzt auch schon während der Schutzfristen Bezüge in Höhe ihres vorherigen Nettoverdienstes. Davon tragen die Krankenkassen das Wochengeld. Die Differenz zwischen Wochengeld und Nettoverdienst wird vom Bund erstattet. Durch die Neuaufteilung der Kosten für das Mutterschaftsgeld hat der Bund in Zukunft alljährlich nur noch einen festen Betrag zu zahlen. Für die Kostenerstattung beim Mutterschaftsgeld sind 220 Millionen DM jährlich im Haushalt angesetzt.



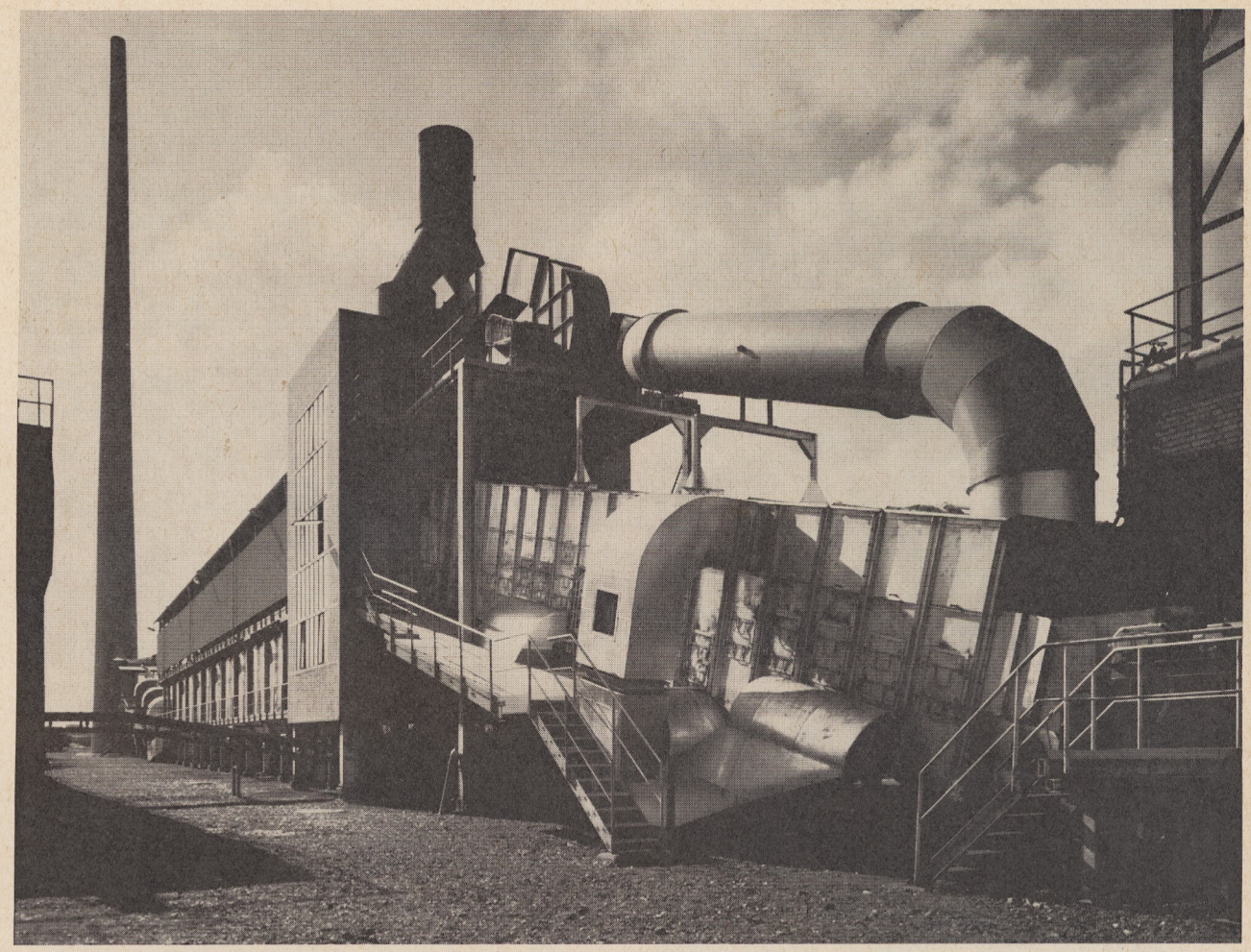
Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Dr. h. c. H. Lübke fand vom 15. bis 18. November 1967 in Düsseldorf der Kongreß für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin statt.

Im Rahmen dieses im zweijährigen Turnus durchgeführten Kongresses wurde auch eine vielgestaltige und informative Ausstellung gezeigt.

In seinem Festvortrag über den Stand und die künftige Entwicklung des Arbeitsschutzes wies Bundesarbeitsminister Katzer darauf hin, daß sich im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik 2,8 Millionen Unfälle am Arbeitsplatz ereignet haben. Man wisse zuwenig darüber, wodurch und wie sie passiert seien. Ihre wirksame Bekämpfung setzt deshalb eine intensivere Erforschung der Unfallursachen voraus. Wegen der schnellen technischen Entwicklung ist das bisherige Verfahren, durch Gesetze und Verordnungen Sicherheitsprobleme im Detail zu regeln, nicht mehr zeitgemäß. Die Schutzvorschriften dürfen den technischen Fortschritt nicht hemmen, sondern müssen ihm elastisch folgen.

Bild links: So stellen sich die Hersteller unseren Schutzhelm im Jahre 2000 vor.



Produktion von Extrazit aufgenommen

Unser Bild zeigt den Fabrikkomplex, in dem der neue Brennstoff „Extrazit" hergestellt wird. Nach einem neuartigen Verfahren produziert die Gewerkschaft Sophia-Jacoba in dieser Fabrik einen Markenbrennstoff, der durch seine hervorragenden Eigenschaften wie qualmfreie Zündung, rauchfreie Verbrennung und niedrigen Aschegehalt sicher viele Kunden auf dem Brennstoffmarkt ansprechen wird.

In unserer nächsten Ausgabe werden wir ausführlich über die Inbetriebnahme der Fabrikationsanlage und das neue Produkt berichten.

Neuigkeiten aus dem Steinkohlenbergbau

Deutscher Bergbau an der Spitze der Forschung

Mit einem Forschungsaufwand von 1,5 % des Umsatzwertes steht der Steinkohlenbergbau in der Spitzengruppe der Industriezweige, die in der Bundesrepublik insgesamt 0,5 % ihres Umsatzes für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben bereitstellt; lediglich Chemie und Elektrotechnik weisen mit 4—5 % eine intensivere Forschungstätigkeit auf. Nutznießer der Forschungsergebnisse werden in zunehmendem Maße die internationale Erdölindustrie, die Petrochemie und auch der ausländische Kohlenbergbau vor allem in den USA sein. Dort werden in einem geschützten Markt die in Deutschland entwickelten Extraktions-, Hydrier- und Vergasungsverfahren zur Umwandlung von Steinkohle in Treibstoffe, Chemieprodukte und Gas nutzbar gemacht. Andererseits beruht die führende Stellung des deutschen Steinkohlenbergbaus in Westeuropa auf seiner intensiven Forschung.

Kohlenaufschluß mit Laser

In Experimenten des US-Bergbauamtes zeigte sich, daß bei Anwendung von Laser-Quellen mit einem Leistungsbereich zwischen 2 und 10 Joule Kohle in Bruchteilen von Sekunden auf mehr als 1000° C erhitzt werden kann. Dabei werden chemische Verbindungen in Form von Gasen frei — z. B. Azetylen (bis zu 25 %), Diazetylen, Vinylazetylen, Zyanwasserstoff, Äthylen und Äthan. Diese Chemikalien, insbesondere Azetylen, sind wichtige Ausgangsstoffe für die Herstellung von Kunststoff, Synthesegummi und viele andere Produkte. Nach Meinung der Forscher besteht Aussicht, durch Destillation mit Laser-Energie die Kosten für die Gewinnung solcher Verbindungen aus Kohle erheblich zu reduzieren. Die flüchtigen Bestandteile der Kohle verdampfen innerhalb von Millisekunden. Sie wurden bei den Experimenten jedoch sehr schnell abgekühlt, um zu verhindern, daß sie Sekundärreaktionen durchmachen. Die ursprüngliche Kohlenmasse wurde zu etwa 60 % in Gase umgewandelt, der Rest blieb als feste Masse zurück. Flüssige und teerartige Verbindungen entstehen bei diesem Verfahren nicht.

Hinweis an unsere Belegschaft

Durch Vermittlung unseres Unternehmens können unsere Belegschaftsmitglieder den modernen Heizofen „Anthramat V" zu Vorzugspreisen erwerben. Die als Brennstoff für diesen Ofen benötigte Anthrazit-Nuß-V wird von uns als Deputatkohle geliefert. Einzelheiten können beim Betriebsrat erfragt werden.

Dank und Anerkennung unseren Jubilaren

Josef Steffens

Unser Belegschaftsmitglied Josef Steffens konnte am 23. August 1967 sein 40jähriges Dienstjubiläum feiern.

Nach seiner Schulentlassung erlernte er bei der Fa. Plum, Geilenkirchen, das Schmiedehandwerk. Im August 1927 wechselte er seinen Arbeitsplatz und ließ sich am 23. August 1927 bei unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba als Schmied anlegen.

Während der Feierstunde zu Ehren des Jubilars sprach Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Kranefuss Josef Steffens den Dank des Grubenvorstandes für die von ihm geleistete Arbeit aus. Auch Arbeitsdirektor Schmitz, stellv. Werkstättenleiter Gorgels und Betriebsratsmitglied Erdweg sprachen dem Jubilar Glückwünsche aus.

Bergassessor Kranefuss (r.) beglückwünscht Josef Steffens

Gerhard Coopmann

Am 29. August 1967 konnte der Maschinenmeister Gerhard Coopmann auf seine 40jährige Tätigkeit bei der Gewerkschaft Sophia-Jacoba zurückblicken.

Nach 3jähriger Schlosserlehre bei der Fa. Friedrichs, Schwanenberg, wurde der Jubilar am 29. August 1927 als Schlosser bei uns angelegt. Am 1. 8. 1941 wurde er nach erfolgreichem Besuch der Staatl. Ingenieurschule Aachen als Meister in das Angestelltenverhältnis übernommen.

Im Beisein von Arbeitsdirektor Schmitz, Bergwerksdirektor Koch, Betriebsführer Groten und dem Vertreter des Betriebsrates ehrte Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Kranefuss unseren Jubilar und sprach ihm im Namen des Grubenvorstandes die herzlichsten Glückwünsche aus.

Der Jubilar stellt sich mit Betriebsführer Groten (r.) dem Fotografen

Arnold Mertens

Für 40 Jahre Betriebstreue dankte Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Kranefuss dem Belegschaftsmitglied Arnold Mertens während der Jubilarehrung am 3. 10. 67, an der auch Oberingenieur Fuchs und der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Hochgreef teilnahmen.

Der Jubilar wurde am 3. Oktober 1927 im Alter von 14 Jahren bei unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba als Laborhelfer angelegt und war bis zum 31. 12. 58 zuletzt als Vorarbeiter in unserem Laboratorium tätig. In Anerkennung seiner Arbeitsamkeit und Gewissenhaftigkeit wurde er ab 1. 1. 1959 als techn. Büroangestellter in das Angestelltenverhältnis übernommen.

Arnold Mertens nimmt die Glückwünsche von Oberingenieur Fuchs entgegen

Mathias Jansen

Ein Mann, den und der wohl die ganze Belegschaft der Gewerkschaft Sophia-Jacoba kennt, feierte am 7. 10. 67 sein 40jähriges Dienstjubiläum. Es ist der Markenkontrolleur Mathias Jansen.

Mit 22 Jahren wurde der Jubilar als Markenausgeber bei uns angelegt. Bereits nach knapp 2 Jahren wurde er als Markenkontrolleur in das Angestelltenverhältnis übernommen.

Arbeitsdirektor Schmitz ehrte den Jubilar und dankte ihm im Namen des Grubenvorstandes für die geleistete Arbeit. Seine unmittelbaren Vorgesetzten Dr. Knissel und Abteilungsleiter Meissner gratulierten im Namen der Arbeitskollegen. Die Glückwünsche der Belegschaft und des Betriebsrates übermittelte Betriebsratsmitglied Erdweg.

Arbeitsdirektor Schmitz spricht dem Jubilar den Dank des Grubenvorstandes aus

---

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag

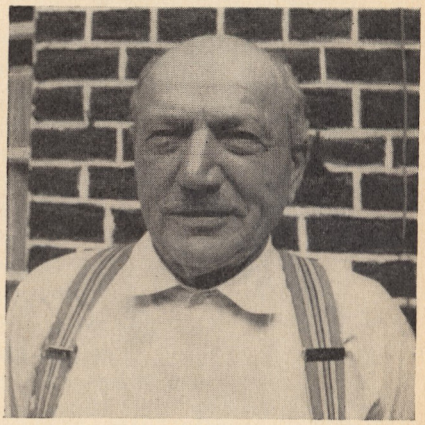
Wilhelm Mölders

Am 26. 8. 1967 wurde unser früheres Belegschaftsmitglied Wilhelm Mölders aus Hoven, Nr. 5, 80 Jahre alt.

Nach 10jähriger Tätigkeit als Schießhauer bei der Gewerkschaft Sophia-Jacoba schied er am 14. 10. 1937 als Invalide aus unserer Belegschaft aus. Insgesamt hat der Altersjubilar 37 Jahre seine Arbeitskraft dem Bergbau zur Verfügung gestellt.

In seinem Eigenheim verlebt der noch recht rüstige Altersjubilar mit seiner Ehefrau den wohlverdienten Lebensabend.

Arbeitsdirektor Schmitz und Betriebsratsmitglied Erdweg gratulierten im Namen des Grubenvorstandes bzw. der Belegschaft und des Betriebsrates.



Franz Trzecziak

Franz Trzecziak aus Erkelenz, Brabantstraße 2, wurde am 4. September 1967 80 Jahre alt.

Seinen Geburtsort Thomasdorf im Kreise Allenstein verließ er als 18jähriger, um im Ruhrrevier Bergmann zu werden. Im Jahre 1925 wechselte er seinen Arbeitsplatz und ließ sich am 17. 11. 1925 bei unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba als Hauer anlegen. Noch 20 Jahre stellte er uns seine Arbeitskraft zur Verfügung, ehe er am 15. 9. 1945 als Invalide in den Ruhestand versetzt wurde.

Ein Geschenk und die Glückwünsche des Grubenvorstandes überbrachte Arbeitsdirektor Schmitz. Für die Belegschaft und den Betriebsrat gratulierte Betriebsratsmitglied Erdweg.

Hermann Königs

In seinem Geburtsort Doveren konnte unser Altkamerad Hermann Königs am 23. 9. 1967 auf 8 Lebensjahrzehnte zurückblicken.

Arbeitsdirektor Schmitz und Betriebsratsmitglied Erdweg besuchten den Altersjubilar an seinem Geburtstag, um die Glückwünsche des Grubenvorstandes, der Belegschaft und des Betriebsrates zu übermitteln.

Hermann Königs, der mit seiner Frau im selbstgebauten Haus in der Doverener Bahnstraße lebt, ist gelernter Maurer. Von 1939 bis 1955 war er in unserer Bauabteilung tätig. Er war schon fast 68 Jahre alt, als er die Maurerkelle endgültig zur Seite legte.

Leonhard Zumbruch

80 Jahre alt wurde am 13. Oktober 1967 Leonhard Zumbruch aus Ratheim, Kirchstraße 41.

Bei unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba war er fast 36 Jahre als Tafelführer beschäftigt. Im Privatleben gehört seine besondere Liebe der Ratheimer Schützenbruderschaft.

Obersteiger Weith überbrachte ein Geschenk und Glückwünsche im Auftrage des Grubenvorstandes. Er gratulierte gleichzeitig auch im Namen der Belegschaft und wünschte dem Altersjubilar für die Zukunft weiterhin alles Gute.

Leonhard Backes

In Hückelhoven, Markt 109, wurde Leonhard Backes am 22. Oktober 1967 85 Jahre alt.

Seinen beruflichen Lebensweg begann er 1896 in der Schneiderwerkstatt seines Vaters. Bis auf die Zeit bei den Soldaten, von 1904—1906 und 1914—1918, war er bis zu seiner Anlegung bei unserer Gewerkschaft Sophia-Jacoba als Schneider tätig. Am 2. 1. 1919 verfuhr er auf unserer Anlage seine 1. Schicht. Bis zu seiner Invalidisierung am 30. 11. 1944 war er ausschließlich als Kettenzieher beschäftigt. Auch seine rege Mitarbeit im öffentlichen Leben ist erwähnenswert. Er war u. a. Mitglied des Gemeinderates und gehört heute noch dem Kirchenvorstand der Pfarre St. Lambertus an.

Arbeitsdirektor Schmitz gratulierte im Namen des Grubenvorstandes und überreichte ein Geschenk. Für die Belegschaft und den Betriebsrat sprach Betriebsratsmitglied Erdweg herzliche Glückwünsche aus.

Familiennachrichten

Geburten

Cevdet	Pekbak, Halit, am 2. 6. 67
Giorgio	Sibiriu, Elio, am 27. 7. 67
Bahri	Özdemir, Satilmus, am 1. 8. 67
Antonio	Altana, Giovanni, am 6. 8. 67
Oliver	Wischnewski, Rolf, am 10. 8. 67
Olaf	Viehmann, Georg, am 12. 8. 67
Christa	Rader, Karl-Josef, am 13. 8. 67
Kerstin	Meuselwitz, Klaus, am 16. 8. 67
Klaus-Dieter	Keimling, Erich, am 17. 8. 67
Uwe	Ludwig, Wilfried, am 17. 8. 67
Ulrike Claudia	Delbressine, Martin, am 19. 8. 67
Roland	Wagner, Rudolf, am 23. 8. 67
Karin	Böhm, Herbert, am 24. 8. 67
Thomas	Richter, Heinz-Josef, am 25. 8. 67
Sylvia	Eckart, Rolf, am 27. 8. 67
Annette	Jansen, Heinz, am 28. 8. 67
Giovanni	Piechetti, Antonio, am 31. 8. 67
Jacqueline	Durowicz, Horst, am 4. 9. 67
Detlef	Klein, Willi, am 4. 9. 67
Ruth	Uhr, Hellmuth, am 4. 9. 67
Anita	Linke, Dieter, am 6. 9. 67
Maria	Garcia-Garcia, Jose, am 7. 9. 67
Norbert	Jansen, Gerhard, am 8. 9. 67
Iris	Döpke, Friedel, am 8. 9. 67
Marina	Krause, Horst, am 10. 9. 67
Antonello	Maccioni, Demonico, am 11. 9. 67
Christoph	Kuhn, Josef, am 14. 9. 67
Adil	Can, Nurettin, am 17. 9. 67
Sonja	Bienemann, Kurt, am 18. 9. 67
Nirgül	Yildiz, Rahmi, am 18. 9. 67
Mario	Paul, Heinz, am 19. 9. 67
Michael	Rath, Roland, am 21. 9. 67
Andreas	Pfromm, Manfred, am 21. 9. 67
Andrea	Hoppe, Siegfried, am 22. 9. 67
Antonio	Segura, Jimenez, am 25. 9. 67
Marcus	Büsel, Heinz, am 27. 9. 67
Mohammed	Coroz, Hüseyin, am 27. 9. 67
Erich	Hammermeister, Erich, am 29. 9. 67
Jürgen	Dressen, Willi, am 30. 9. 67
Helga	Slot, Ernst, am 30. 9. 67
Birgit	Ulbrich, Horst, am 2. 10. 67
Michaela	Fabian, Manfred, am 2. 10. 67
Sabina	Farina, Sisimio, am 2. 10. 67
Wilfried	Phlippen, Kaspar, am 3. 10. 67
Olaf-Herbert	Renner, Wilfried, am 5. 10. 67
Tobias	Windelschmidt, Dieter, am 6. 10. 67
Michael	Reiners, Josef, am 6. 10. 67
Karla	Vrba, Karl, am 10. 10. 67
Frank	Gohla, Hardy, am 14. 10. 67
Anke	Thönnißen, Johann, am 14. 10. 67
Ingrid	Moser, Heinz, am 18. 10. 67
Marion	Fartak, Wilhelm, am 18. 10. 67
Günther	Uhle, Heinz, am 20. 10. 67
Holger	Pesch, Karl-Heinz, am 20. 10. 67
Birgit	Sternasty, Karl, am 24. 10. 67
Petra	Irion, Ernst, am 24. 10. 67
Wolfgang	Knabe, Paul, am 26. 10. 67
Heike	Köpp, Horst, am 26. 10. 67
Bernd	Schafhausen, Franz-Leo, am 28. 10. 67
Claudia	Folger, Manfred, am 2. 11. 67
Claudia	Limburg, Hans-Theo, am 4. 11. 67
Klaus	Schulte, Otto, am 7. 11. 67

Eheschließungen

Reginali, Giuseppe, mit Angela Dessi, am 24. 6. 67
Fiegen, Käthe, mit Josef Tappeßer, am 10. 7. 67
Buding, Albert, mit Veronika Weimar, am 7. 8. 67
Speihs, Helmut, mit Waltraud Gandelheidt, am 11. 8. 67
Clemens, Helmut, mit Ingrid Kahlert, am 11. 8. 67
Piechetti, Antonio, mit Margarethe Guminski geb. Schatke am 11. 8. 67
Steinmann, Dieter, mit Marlies Hütter, am 11. 8. 67
Komorowski, Kurt, mit Margot van Eikels geb. Mey, am 21. 8. 67
Stab, Detlef, mit Brigitte Ströse, am 25. 8. 67
Fabian, Manfred, mit Karin Schnalke, am 25. 8. 67
Stupning, Günter, mit Elke Reinhardt, am 31. 8. 67
Fartak, Wilhelm, mit Annemarie Tittes, am 8. 9. 67
Noethlings, Hans, mit Anna Hanny, am 18. 9. 67
Dilsen, Heinrich, mit Christa Priese, am 29. 9. 67
Coenen, Betty, mit Josef Deffur, am 20. 10. 67

Sterbefälle

Tochter Serife von Recep Sevim, am 16. 7. 67
Ehefrau Antonietta von Giovanni Altana, am 6. 8. 67
Berginvalide Gustav Daum, am 9. 8. 67
Berginvalide Kaspar Frenken, am 12. 8. 67
Sohn Ayhan von Rahmi Yildiz, am 19. 8. 67
Berginvalide Wilhelm Soldanski, am 21. 8. 67
Berginvalide Heinrich Banken, am 24. 8. 67
Berginvalide Karl Lordan, am 27. 8. 67
Berginvalide Josef Wolf, am 1. 9. 67
Berginvalide Hubert Brendgens, am 2. 9. 67
Berginvalide Heinrich Tiemann, am 5. 9. 67
Berginvalide Hugo Seifert, am 8. 9. 67
Berginvalide Oswald Held, am 11. 9. 67
Berginvalide Robert Roeben, am 11. 9. 67
Berginvalide Heinrich Fest, am 16. 9. 67
Berginvalide Heinrich Ivens, am 17. 9. 67
Berginvalide Heinrich Holten, am 20. 9. 67
Sohn Hubert von Mathias Knur, am 20. 9. 67
Tochter Doris von Ernst Kohnen, am 29. 9. 67
Berginvalide Anton Hohmann, am 2. 10. 67
Berginvalide Josef Kallrath, am 4. 10. 67
Berginvalide Fritz Kampmann, am 9. 10. 67
Berginvalide Heinrich Vieten, am 14. 10. 67
Berginvalide Karl Kusch, am 27. 10. 67

NACHRUF

Wir trauern um die Arbeitskameraden

Herrn Rüstem Kayhan, am 23. 8. 67 an den Folgen eines erlittenen Betriebsunfalles verstorben,
Herrn Wilhelm Seeger, am 24. 9. 67 verstorben,
Herrn Franz Sonn, am 24. 9. 67 verstorben,
Herrn Hubert Mohren, am 25. 10. 67 tödlich verunglückt.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren!

GEWERKSCHAFT SOPHIA-JACOBA

Blick über den Gartenzaun

November — Dezember

Das Jahr ist nun bald zu Ende. Unser Hausgarten wird immer kahler und die Sonne scheint Tag für Tag weniger. Damit verringert sich auch unsere Arbeit. Aber solange der Boden noch offen ist, und das ist in unserer Gegend meistens der Fall, bekommen wir im Garten noch immer viel zu tun. In erster Linie sollten wir an die Bodenbearbeitung für das kommende Jahr denken. Bekanntlich entziehen die Gartengewürze dem Boden während der Erntezeit eine ganze Anzahl von Nährstoffen, die wir ersetzen müssen. Die bekanntesten Nährstoffe sind Stickstoff, Kalk, Kali und Phosphor. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß es unbedingt notwendig ist, dem Boden diese Nährstoffe jedes Jahr aufs neue zuzuführen, und zwar in Form von Stalldung oder Kunstdüngermittel. An Stalldung wird benötigt vier bis sechs Zentner je Ar, und zwar mittlere und schwere Böden im Herbst, leichtere dagegen im Frühjahr, weil bei den letztgenannten die Zersetzung des Dungs schneller vonstatten geht. Ersatzweise kann, weil heute Stalldung schwer zu beschaffen ist, Regenor (Stalldung in Pulverform) oder sonstige Mittel, die im Handel zu bekommen sind, dem Boden gegeben werden. Auch Torf aufs Land, und zwar 3 bis 4 Ballen je Ar, die leicht mit der Bodenoberfläche vermischt werden, geben dem Boden eine ausgezeichnete Struktur. Selbstverständlich können wir unseren Boden auch mit Komposterde verbessern, zumal Komposterde einer der billigsten Gartendünger und verhältnismäßig leicht zu beschaffen ist. Deshalb sollte auch in keinem guten Garten ein Komposthaufen fehlen. Abfälle jeder Art, soweit sie verwesen, dürfen unserem Garten nicht entzogen werden. In frischem Zustand sind diese Abfälle nicht nur wertlos für das Land, sondern in vielen Fällen sogar schädlich. Auf dem Komposthaufen werden sie aber in einen brauchbaren Gartendünger umgewandelt.

Alle gesunden Stoffe werden zunächst wahllos, so wie sie sich finden, auf unserem großen Haufen gesammelt. Spätestens vor Eintritt des Winters wird alles gründlich durcheinandergemischt und dann der Komposthaufen angelegt. Wichtig ist, daß dieser nicht höher als 1 m wird, damit der Luftsauerstoff genügend Zutritt bekommt und die Zersetzung beschleunigt wird. Der Haufen darf auch nicht zu trocken werden; deshalb ist es ratsam, ihn im Schatten eines Baumes anzulegen und ab und zu mit Jauche anzufeuchten. Um die Zersetzung zu beschleunigen, wird beim Umsetzen je cbm 2 bis 3 kg Brandkalk zugegeben. Nach 2 Jahren ist der Komposthaufen fertig und kann als Gartendung verwendet werden. Beim Düngen darf man keinesfalls Kalk und Stalldung leichzeitig geben, weil sonst der Stickstoff im Stalldung verlorengeht. Nach der Düngung fangen wir an mit dem Graben der Beete. Es muß so gegraben werden, daß der Boden grobschollig bis zum Frühjahr liegenbleibt, weil dadurch eine günstige Sprengwirkung der einzelnen Bodenteilchen erzielt wird. Diese Arbeit besorgt der eintretende Frost während der Wintermonate.

Ende November wird auf unseren Spargelbeeten das Kraut abgeschnitten. Diese Arbeit früher vorzunehmen, ist nicht ratsam, weil an den sonnigen Tagen (besonders diesen Herbst) die Nährstoffe in den Blättern angesammelt und den Wurzeln für das kommende Jahr zugeführt werden. Soweit Spargelkraut von Spargelrost befallen ist, müssen wir es verbrennen.

Ende November ist es auch an der Zeit, für Winterschutz an den Rosen zu sorgen. Bei Buschrosen genügt es, wenn wir sie bis über die Veredelungsstellen, die am frostempfindlichsten sind, mit Erde anhäufeln. Rosenhochstämme werden vorsichtig niedergebeugt und die Krone mit Erde zugedeckt. Ein anderer Frostschutz besteht darin, die Kronen mit Papier auszufüllen und dann mit Ölpapier zuzubinden. Zum Zubinden kann auch Tannengrün oder Ginster verwendet werden.

Die überreiche Kernobsternte in diesem Jahr macht es erforderlich, den Schnittarbeiten an Bäumen, die nur alle zwei Jahre tragen, ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Hier sollte ein gründlicher Auslichtungsschnitt vorgenommen werden. Sobald jedoch Frost auftritt, müssen diese und alle übrigen Arbeiten im Garten eingestellt werden.

Nun kommt die stille Zeit für Gärtner und Garten. Die ruhigen Wochen nützt man aber, um die Geräte instand zu setzen. Selbstverständlich ist auch für den Gartenliebhaber, daß er Futterplätze für unsere Vögel einrichtet, und zwar besonders für die so nützlichen Meisen, da diese bei Rauhfrost keine Nahrung finden und zugrunde gehen müßten, wenn wir ihnen nicht helfen würden. Wer bedenkt, daß eine Meise jeden Tag soviel Insekten vertilgt wie sie schwer ist, und ein Meisenpärchen mit ihren Jungen im Jahr ungefähr sechs Zentner Raupen fressen kann, der versteht, wie nützlich diese Tierchen für unsere Gärten sind. Wir sollten auch das Unsere dazu tun, daß den „Luftgewehrhelden", die auf Meisen schießen, das Handwerk gelegt wird.

Bei den sogenannten Dauergemüsen, wie Sellerie, Möhren, Rote Beete und Kohlrabi, müssen die Einwinterungsarbeiten bis Ende November zum Abschluß gebracht werden. Um ein Schrumpfen der Früchte über Winter zu verhindern (besonders bei Sellerie), überwintert man diese am besten in Erdmieten oder Erdgruben.

Die Erdmiete kann auf dem Boden oder auch 20 bis 30 cm tief angelegt werden. Ihre Breite soll höchstens 80 bis 100 cm betragen, ebenso die Höhe. Es hat sich als vorteilhaft erwiesen, wenn zwischen die einzelnen Einlegeschichten trockener Sand gestreut wird. Der Sand hält nämlich die Knollen frisch und schützt gleichzeitig gegen Mäusefraß. Auf der Sohle der Miete werden Entlüftungen aus Stroh angebracht. Und später, wenn stärkerer Frost eingetreten ist, werden die Mieten mit Erde abgedeckt. Sind die Knollen darin aufgestapelt, genügt eine Erdschicht von 15 bis 20 cm Dicke; bei starkem Frost soll man die erste Schicht mit einer Lage Stroh und diese wiederum mit einer Schicht Erde abdecken.

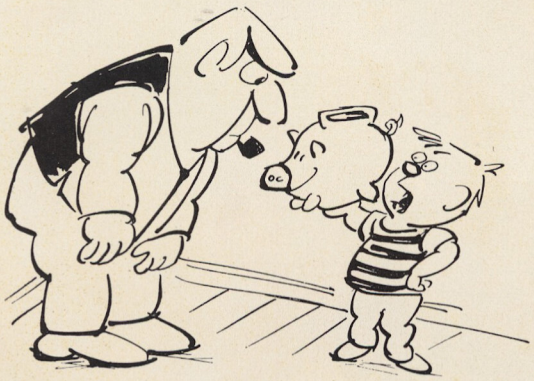
Wenn im späten Herbst die Gartenarbeit zu Ende ist, sollten wir die blanken Teile an unseren Geräten dadurch vor Rost schützen, daß wir sie mit Öl oder Kalk bestreichen. So behandelt, sind sie im Frühjahr arbeitsfähig und brauchen nicht erst von Rostansätzen gesäubert zu werden.

Die Kehrseite der Medaille

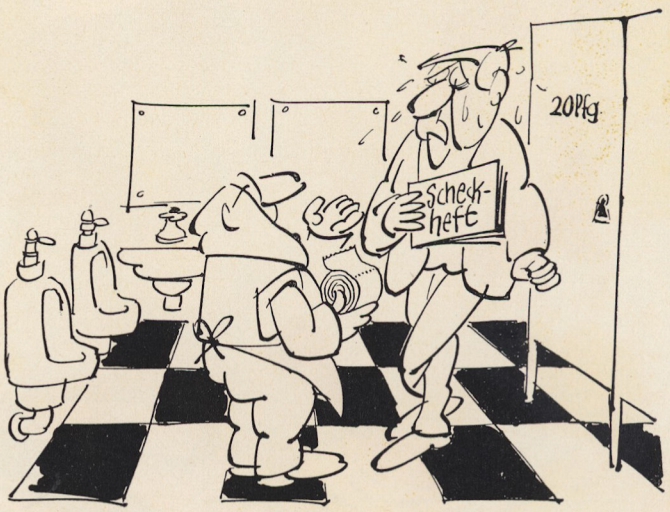
Auswirkungen der bargeldlosen Lohnzahlungen — leicht übertrieben von Kurt Cerny

„Auf diesen Augenblick habe ich über 20 Jahre gewartet. Endlich weiß ich, was er verdient."

„Freunde, bald habt ihr einen Stammgast weniger. Meine Frau hält das Scheckbuch unter Verschluß."



„Wo bleiben meine Restpfennige, Papi, seitdem du dir deinen Lohn aufs Konto überweisen läßt?"



„Tut mir leid, mein Herr. Hier bei mir nur gegen bar!"

„Der Scheck ist ja ganz feucht!?" „Ja, mein Mann hat auch sehr darauf geweint, als er ihn ausschreiben mußte!"

Foto: W. H. Müller